

böllschriften

Wie Wahlen gewonnen werden

Ein vergleichende Analyse von Mitte-links-Erfolgen
in Europa und Nordamerika

Dr. Fabio Ellger und Prof. Dr. Sebastian Bukow



Wie Wahlen gewonnen werden

Ein vergleichende Analyse von Mitte-links-Erfolgen in Europa und Nordamerika

Dr. Fabio Ellger und Prof. Dr. Sebastian Bukow

Die Autoren

Dr. Fabio Ellger forscht am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) in der Forschungsgruppe „Transformationen der Demokratie“ (Leitung: Daniel Ziblatt). Forschungsschwerpunkte sind die vergleichende Politikwissenschaft und politische Verhaltensforschung, insbesondere Herausforderungen für etablierte Demokratien, demokratische Repräsentation, Partizipation und Wählermobilisierung.

Prof. Dr. Sebastian Bukow ist nebenberuflich Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier und verantwortet hauptberuflich das Themenfeld Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin. Forschungsschwerpunkte sind aktuelle Entwicklungen der Innenpolitik, insbesondere Parteien, Parteienwettbewerb und Fragen der repräsentativen Demokratie, sowie politische Kommunikation.

Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders. Nicht kommerziell: Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen. Keine Bearbeitungen: Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf anderweitig direkt aufbauen, dürfen Sie die bearbeitete Fassung des Materials nicht verbreiten.

Wie Wahlen gewonnen werden. Ein vergleichende Analyse von Mitte-links-Erfolgen in Europa und Nordamerika

Dr. Fabio Ellger und Prof. Dr. Sebastian Bukow

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
1. Auflage, Juli 2026

Editorial Design/Cover-Illustration:
C. Mawrodiew – feinkost Design (www.feinkost-design.de)

ISBN: 978-3-86928-280-0

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfszwecken verwendet werden.

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
T +49 (0)30 28534-0 F +49 (0)30 28534-109 buchversand@boell.de

Inhalt

Vorwort 5

Zusammenfassung 7

1 Demokratien unter Druck 9

Der innere Feind 9

Der äußere Feind 11

Neue Herausforderungen für Mitte-Links 12

2 Leitfrage und Untersuchungsdesign 15

3 Wahlerfolge Mitte-Links: Die Fallstudien 17

Unterhauswahl Vereinigtes Königreich 2024 19

Unterhauswahl Kanada 2025 25

Parlamentswahl Niederlande 2025 31

Gouverneurswahl Virginia 2025 37

Landtagswahl Baden-Württemberg 2026 43

Bürgermeisterwahl New York City 2025 49

Kommunalwahl Kopenhagen 2025 55

4 Wie Wahlen gewonnen werden: Eine Bilanz 59

Quellen für Grafiken 68

Literatur 69

Vorwort

Wer in der Demokratie gestalten will, braucht politische Mehrheiten. Doch für das Mitte-links-Spektrum sind diese gegenwärtig schwierig zu erreichen. Populistische Diskurse, autoritäre Dynamiken, das Erstarken von Autokraten: Liberale Demokratien in Europa und Nordamerika stehen unter Druck, von innen und von außen. Von den politischen Rändern aus werden Stimmungen geschürt, die zunehmend auch die Mitte erfassen, wodurch sich der Einfluss antidemokratischer Kräfte verstärkt. Als grüne politische Stiftung treibt uns derzeit die Frage um: Wie können in Zeiten affektiver Polarisierung und geopolitischer Herausforderungen Wahlen von Mitte-links-Parteien und -Bündnissen gewonnen werden?

Die vorliegende Studie widmet sich sieben Fallbeispielen, auf zwei Kontinenten und auf drei Ebenen – national, föderal und kommunal. So unterschiedlich die Fälle in Europa und Nordamerika sind, so auffällig sind typische Muster: Nicht radikale Forderungen, sondern konkrete und pointierte Politikangebote sowie glaubwürdige Kandidat*innen können überzeugen. Dabei ist eine milieuübergreifende Ansprache im Wahlkampf erforderlich, um auch Menschen zu erreichen, die nicht zur Kernwählerschaft gehören. Deutlich zu erkennen ist in den unterschiedlichen Kontexten, dass erfolgreiche Mitte-links-Kandidat*innen Angriffe auf demokratische Regeln und Institutionen klar verurteilt haben. Identitätspolitische Debatten oder Konflikte standen in der Regel nicht im Mittelpunkt der Kampagnen, sondern alltagsnahe wirtschafts- und sozialpolitische Fragen.

Wie und in welchen Koalitionen nach Wahlen erfolgreich regiert und Wandel gestaltet werden kann, wird in dieser Studie nicht untersucht. Die Autoren konzentrieren sich bewusst auf den Weg bis zur Wahl als zentralen Schritt in einer auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit basierenden Demokratie. Dieser Weg ist herausfordernd und spannend zugleich, und in diesem Sinne wünschen wir Ihnen, liebe Leser*innen, eine erkenntnisreiche Lektüre. Unser besonderer Dank geht an Dr. Fabio Ellger und Prof. Dr. Sebastian Bukow für die Konzeption und Ausarbeitung dieser Studie.

Berlin, Juli 2026

Jan Philipp Albrecht
Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Eva van de Rakt
*Referatsleitung Europäische Union und
Nordamerika, Heinrich-Böll-Stiftung*

Zusammenfassung

Demokratie ist Herrschaft auf Zeit. Dies gilt nicht mehr nur für die gewählten Politiker*innen, sondern auch für Demokratien selbst. Denn die Zahl der Demokratien ist wieder rückläufig, liberale Demokratien verlieren an Qualität und entwickeln sich zurück zu sogenannten Wahldemokratien, in denen wesentliche Errungenschaften wie Gleichheitsrechte, Gewaltenteilung und -kontrolle sowie Rechtsstaatlichkeit schwinden. Demokratische Parteien und Kandidat*innen müssen sich in Wahlen gegen populistische, extremistische und antidemokratische Kräfte behaupten, um die Demokratie zu verteidigen oder zurückzugewinnen. Gleichzeitig haben multiple Krisen und zunehmende affektive Polarisierung auch den politischen Wettbewerb im demokratischen Spektrum, also zwischen Demokrat*innen von links bis rechts, stark verändert.

Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie, wie Parteien und Kandidat*innen des Mitte-links-Spektrums Wahlen gewinnen können. Sieben Fallstudien zu Wahlen in der jüngeren Zeit in etablierten liberalen Demokratien in Europa und Nordamerika analysieren strategische und kommunikative Ansätze auf nationaler, föderaler und kommunaler Ebene. Trotz politischer, institutioneller und sozialstruktureller Unterschiede sind gemeinsame Muster deutlich: Viele der erfolgreichen Mitte-links-Kandidat*innen grenzten sich nicht nur vom politischen Wettbewerber ab, sondern standen zum Teil auch für einen personellen und politischen Neuanfang in der eigenen Partei.

Diese Erneuerung wurde häufig mit politischen Kerninhalten verknüpft, die die Bedürfnisse breiter Wählerschichten jenseits linker Kernmilieus in den Fokus rückten. „Affordability“, also die Bezahlbarkeit von steigenden Lebenshaltungs-, Energie- und Wohnkosten, war in fast allen Wahlkämpfen ein zentrales Thema. Kandidat*innen mit konkreten politischen Lösungsvorschlägen wurden von der Wählerschaft belohnt. Mitunter stellten die Akteur*innen dafür auch bisherige politische Grundsätze ihrer Partei infrage.

Dabei ist erkennbar, dass erfolgreiche Mitte-links-Akteur*innen den Werten der liberalen Demokratie treu blieben. Angriffe auf demokratische Regeln und Institutionen durch Autokraten wurden klar benannt und kritisiert. Liberaldemokratische Überzeugungen wurden nicht aufgegeben oder aus taktischen Gründen abgeschwächt, identitätspolitische Debatten wurden vermieden beziehungsweise nicht aktiv begonnen. Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen blieben Mittelpunkt der Kampagnen.

Die Studie nimmt nur den Weg zum Wahlsieg in den Blick. Nicht untersucht wurde, ob daraus erfolgreiches Regierungshandeln entstanden ist. Die Studie zeigt deutlich: Mitte-Links kann auch in schwierigen Zeiten Wahlen gewinnen.

1 Demokratien unter Druck

Demokratien sind weltweit unter Druck geraten. Liberale Errungenschaften schwinden, Autokratisierung ist das vorherrschende Muster aktueller Herrschaftsentwicklungen, was in der Demokratieforschung unter dem Begriff der „dritten Welle der Autokratisierung“ zusammengefasst wird (Bermeo 2016; Waldner/Lust 2018). Gemessen wird diese Entwicklung anhand einer Vielzahl von politischen Indikatoren und Dimensionen (Boese et al. 2021; Lührmann/Lindberg 2019). Zwei Aspekte sind besonders auffällig: Zum einen beginnt diese Entwicklung bereits in den frühen 2000er-Jahren, hat aber in den letzten Jahren – verstärkt durch die Polykrisen der Gegenwart – an Brisanz gewonnen. Zum anderen ist typisch, dass sich diese Welle vor allem durch einen Rückgang des objektiv messbaren Demokratieniveaus in denjenigen Ländern auszeichnet, die als konsolidierte Demokratien gelten bzw. galten. Das sind etwa EU-Staaten wie Polen, Italien oder Ungarn, aber auch Indien oder die USA. Liberal-demokratisch sicher geglaubte Rechte, insbesondere Gleichheit, Gewaltenteilung und -kontrolle sowie Rechtsstaatlichkeit, geraten unter Druck und werden aktiv abgebaut. Die demokratischen Zugewinne der letzten Jahrzehnte werden dadurch gefährdet. Empirisch betrachtet sinkt die Qualität liberaler Demokratien, bis hin zur elektoralen Autokratie. Gesellschaftspolitisch betrachtet ist die auf der klassischen Modernisierungstheorie beruhende These nicht mehr haltbar, dass die durch gesellschaftliche Entwicklungen erreichten liberal-demokratischen Rechte unabänderlich sind und die demokratische Qualität vorrangig zunimmt (Lipset 1959; Fukuyama 1989). Dafür sind zwei zentrale Treiber erkennbar, die einerseits in den Staaten selbst liegen und andererseits aus einer veränderten globalen Lage resultieren.

Der innere Feind

Die größte Gefahr für die Demokratie in Ländern Europas und Nordamerikas droht von innen. Die empirische Demokratieforschung zeigt, dass die meisten Demokratien durch eine Erosion im Inneren der Demokratie selbst enden. In diesem Sinne ist die Selbstentmachtung des Weimarer Reichstags durch den Beschluss des Ermächtigungsgesetzes im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 ein Paradebeispiel für die innere Erosion einer Demokratie.

Dies ist also keineswegs ein neues, gleichwohl ein zentrales Phänomen: Steven Levitsky und Daniel Ziblatt haben in ihrem Buch *Wie Demokratie sterben* bereits 2019 herausgearbeitet, dass sich gerade diese Art der Erosion von innen auch heute wieder in Demokratien vollzieht, in verschiedenen Variationen

etwa in Ländern wie Venezuela, Russland, der Türkei oder, bis vor Kurzem, Ungarn¹ (Levitsky/Ziblatt 2019). Besonders drastisch sind auch die aktuellen Entwicklungen in den USA: Hier sind ebenfalls Merkmale der institutionellen Selbstentmachtung erkennbar, auch hier verzichten insbesondere die beiden Parlamentskammern weitreichend auf ihre Rechte und tragen so zu einer machtergreifenden Exekutive bei, wenngleich die justitielle und zivilgesellschaftliche Gegenwehr noch nicht erloschen ist.

Wie von Levitsky und Ziblatt beschrieben, sind es heutzutage seltener machtsüchtige Militärgeneräle oder kommunistische Kader, die die Demokratie mit Waffengewalt oder durch eine Revolution abschaffen. Vielmehr sind es neue autoritäre und populistische Akteur*innen, die sich innerhalb des demokratischen Systems etablieren, die affektive Polarisierung gezielt verstärken sowie das Vertrauen in das System und die etablierten Akteur*innen aushöhlen und Stück für Stück an Macht gewinnen. Sobald sie politische Macht erhalten, schwächen sie demokratische Normen wie beispielsweise die Anerkennung von Wahlniederlagen. Sie attackieren politische Institutionen, etwa indem sie sogenanntes *Constitutional Hardball* spielen. Sie testen dabei die legalen Grenzen des rechtlich Möglichen aus. Formal brechen sie die Verfassungsregeln nicht immer eindeutig, unterlaufen aber ihren demokratischen Geist, indem sie etwa die Unabhängigkeit der Justiz schwächen oder politische Kontrollmechanismen aushöhlen. Autoritäre Kräfte innerhalb der Demokratien mindern die Unabhängigkeit öffentlich-rechtlicher und unabhängiger Medien sowie des Rechtsstaates und schränken zivile Bürgerrechte ein, um den politischen Wettbewerb systematisch zu ihren Gunsten zu verzerren. Die Politik der neuen Autoritären innerhalb etablierter Demokratien ist geprägt von exekutiver Selbstermächtigung, informeller Erosion von Normen und gezielten Angriffen auf unabhängige Institutionen.

Dazu kommt, dass wehrhafte Demokratien bei der Verteidigung ihrer Institutionen teilweise Schwierigkeiten haben. Dies geschieht insbesondere dann, wenn zentrale Positionen, wie zum Beispiel im Parlamentspräsidium, bei Verfassungsgerichten oder staatlichen Kontrollbehörden mit Gefolgsleuten der Autokrat*innen besetzt sind (Bermeo 2016). Oft bestehen die Institutionen formal fort, nutzen ihre Rechte aber nicht mehr wirksam oder tragen sogar zur Absicherung der exekutiven Macht bei.

1 Die Parlamentswahl in Ungarn vom 12. April 2026 zeigt beispielhaft, dass es sich dabei keineswegs um unumkehrbare Entwicklungen handelt, denn nach dem Wahlsieg von Péter Magyar besteht nun die Chance, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Land wiederherzustellen.

Der äußere Feind

Die Demontage von liberalen Demokratien findet nicht im luftleeren Raum statt, also aus rein innerstaatlichen Antrieben, sondern wird auch von außen beeinflusst: einerseits durch die globale Stimmungslage im Zuge der Autokratisierungswelle, andererseits durch gezieltes Handeln anderer Staaten. Wenn die Außenpolitik von autokratischen Drittstaaten gezielt politische Normen und Institutionen liberaler Demokratien erodiert, kann dies deren Stabilität und Funktionsfähigkeit untergraben. Diese außenpolitischen Maßnahmen beinhalten klassische Machtpolitik ebenso wie sogenannte hybride Angriffe. Demokratiefeindliche Handlungen zeigen sich insbesondere in Form von gezielter Einflussnahme auf medial-gesellschaftliche Diskurse durch Desinformation und Propaganda sowie an der verdeckten oder auch offenen, konkreten Unterstützung autoritärer Akteur*innen.

Diesen Entwicklungen liegt ein außenpolitischer Wandel zugrunde: Etablierte Demokratien werden von Autokratien und von autokratischen Akteur*innen in erodierenden Demokratien zunehmend explizit zum (System-)Feind erklärt. Das zeitweise überwunden geglaubte Bild des Feindes (im Gegensatz zum Wettbewerber) hat auch in der internationalen Politik wieder Fuß gefasst. Die Folge: Im 21. Jahrhundert nehmen gerade demokratiefeindliche Akteur*innen aus Drittstaaten eine deutlich offensivere außenpolitische Haltung gegenüber liberal-demokratischen Systemen ein. Insbesondere die außenpolitischen Entwicklungen von drei Großmächten – Russland, China und die USA – stellen die liberalen Demokratien dabei vor neue Herausforderungen.

Russland. Wladimir Putin hat mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Friedensordnung zerstört. Im Kontext dieses Konflikts ist die Hemmschwelle für feindliche Aktionen gegen Deutschland auf russischer Seite seit 2022 gesunken (Bundesamt für Verfassungsschutz 2025), hybride Angriffe auf europäische Demokratien nehmen zu. Beispiele sind Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur wie bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Bahnstrecke in Polen, Grenzprovokationen wie bei bewaffneten Grenzübertritten in Estland oder systematische Desinformation. Darüber hinaus zielen russische Operationen zunehmend auf den Kern demokratischer Institutionen, indem Wahlen gezielt manipuliert werden. Einem US-amerikanischen Geheimdienstbericht von 2022 zufolge gab Putins Regime alleine seit 2014 etwa 300 Millionen Dollar für die Wahleinmischung aus, wobei eine valide Erfassung schwierig ist, sodass diese Summe eher noch höher liegen dürfte (The Washington Post 2022).

China. Global gesehen nimmt das kommunistische China als faktischer Einparteiensstaat mit autoritärer Herrschaftsstruktur mittlerweile eine deutlich dominantere Haltung gegenüber regionalen und internationalen Wettbewerbern ein. Als Reaktion auf den aufflammenden Handelskrieg mit den USA und im Zuge eines zunehmenden Selbstbewusstseins hat das Regime in Peking Zugänge zu wichtigen Lieferketten, von Batterien und elektronischen

Steuergeräten bis hin zu Seltenen Erden, als Machtinstrument auch gegen Deutschland und andere europäische Demokratien eingesetzt (Reuters 2025a).

USA. Auch die USA zeigen unter der zweiten Trump-Regierung in der Außenpolitik deutlich autoritärere Züge. Als ideologischer und administrativer Referenzrahmen gilt dabei das „Project 2025“ des konservativen Thinktanks Heritage Foundation (2023), das eine weitgehende Zentralisierung exekutiver Macht, die politische Kontrolle unabhängiger Behörden und eine systematische Umgestaltung des Bundesstaates vorsieht (The Atlantic 2025). Diese Logik spiegelt sich bereits in der von Präsident Trump, seinen Minister*innen und seinen Berater*innen geprägten innenpolitischen Praxis, bleibt aber nicht auf die Innenpolitik beschränkt. So stellte Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 offen die demokratische Legitimität europäischer Staaten infrage und kritisierte angebliche Zensur und Unterdrückung rechtsextremer Stimmen (The Guardian 2025a). Dazu kommen außenpolitische Drohgebärden, indem die US-Regierung und ihr nahestehende Akteure die dänische oder kanadische Souveränität anzweifeln oder sich in europäische Wahlen einmischen und dabei antidemokratische und antieuropäische Kräfte aktiv unterstützen. Gerade dieser Fall, dass eine vormals gefestigte liberale Demokratie nicht nur in der inneren Qualität deutlich zurückgebaut wurde (Nord et al. 2026), sondern auch offen-aggressiv gegen demokratische Bündnispartner agiert, setzt die etablierten Demokratien in Europa unter Druck.

Neue Herausforderungen für Mitte-Links

Diese doppelte Entwicklung – der elektorale Erfolg antidemokratischer Kräfte im Innern und der massive Druck von außen – verändert den demokratischen Wettbewerb in Demokratien fundamental. Während in stabilen, etablierten Demokratien der politische Wettbewerb im Wesentlichen zwischen prodemokratischen Parteien und ihren Akteur*innen stattfindet, wird nun dieser innerdemokratische Wettbewerb um eine zweite Ebene ergänzt: Prodemokratische Kräfte müssen nun im demokratischen Wettbewerb mit antidemokratischen Kräften um die demokratische Ordnung selbst kämpfen.

Die Gleichzeitigkeit von Konkurrenz innerhalb der demokratischen Parteienlandschaft und prodemokratischer Geschlossenheit im Abwehrkampf gegenüber antidemokratischen Kräften verändert die Grundlage des politischen Wettbewerbs fundamental und stellt alle demokratischen Parteien vor eine gemeinsame, existenzielle Herausforderung: Sie müssen sich in einer Zeit gesellschaftlicher Spaltungsgefahren, aggressiver Anti-System-Mobilisierung und nationalistisch-völkischer Identitätspolitik behaupten und dabei den Wettbewerb untereinander mit einer gemeinsamen Haltung gegenüber Systemgegnern verbinden. Und dies in einer Lage, in der u. a. stagnierendes Wirtschaftswachstum, Veränderungsbedarfe der sozialen Sicherungssysteme bei

zeitgleicher Arbeitsplatzunsicherheit durch die nächste Welle der digitalen Revolution sowie Vermögensungleichheit und steigende Lebenshaltungskosten das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Demokratie in weiten Teilen der Gesellschaft erschüttern.

Zwar spüren alle etablierten Parteien den Druck demokratischer Erosion und den Wettbewerb mit autoritären und populistischen Kräften, doch unterscheidet sich die strategische Lage für Parteien Mitte-Links und Mitte-Rechts dabei durchaus. Etablierte Mitte-links-Parteien, insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, verlieren einen Teil ehemaliger Wähler*innen an rechte und rechtsextreme Parteien. Mitte-Links und Rechts(-extrem) sind ideologische Hauptkontrahenten, gerade bei Inhalten, der Weltsicht und Fragen der Identitätspolitik. Rechts(-extrem) und Mitte-Rechts kämpfen in Teilen um die gleiche Wählerschaft, sie sind elektorale Hauptkonkurrenten. Die etablierten Mitte-rechts-Parteien sind jedoch die Hauptleidenden der zunehmenden Wahlerfolge von rechten und populistischen Parteien.

Während der Kampf um die Wählerschaft vorrangig zwischen Mitte-Rechts und Rechts ausgetragen wird, sind Mitte-links-Parteien durch ihre inhaltliche Ausrichtung und ein progressives gesellschaftspolitisches Profil eher die ideologischen Hauptgegner von rechts-autoritären Parteien. Dadurch gewinnen aber auch inhaltliche Konfliktlinien mit den etablierten Konservativen wieder an Relevanz, wenn Mitte-Rechts Themen von Rechts übernimmt und damit zugleich in Konflikt mit Mitte-Links gerät.

Dazu kommt, dass Mitte-Links auf nationaler und kommunal-urbaner Ebene oftmals unter sehr unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen agieren muss, da in den urbanen Zentren sich oft ein Wettbewerb zwischen Mitte-Links und Links, im nationalen Kontext hingegen zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts entwickelt.

Der Fokus dieser Untersuchung liegt explizit auf der strategischen Positionierung von Mitte-links-Akteur*innen, die zum Wahlerfolg führte.² Konzeptionell fasst diese Studie unter „Mitte-Links“ verschiedene Strömungen in europäischen und nordamerikanischen Ländern zusammen: Das Spektrum umfasst sozialistische und sozialdemokratische über grüne bis hin zu sozial- und links-liberalen Kräften. Generell vertreten diese Kräfte, bezogen auf die beiden zentralen Achsen des politischen Wettbewerbs (Wirtschafts- vs. Verteilungspolitik

2 Dieser Zugriff knüpft an die politische Praxis und die breit rezipierte Komplexitätsreduktion des politischen Wettbewerbs auf die Links-rechts-Dimension an, ist also nah an der lebensweltlichen Wahrnehmung von Wahlentscheidungen. Der Fokus auf Mitte-links-Kräfte erfolgt dabei zugleich in bewusster Abgrenzung zu anderen etablierten demokratischen Lagern, wie beispielsweise Konservativen und Marktliberalen. Auch diese prodemokratischen Akteur*innen müssen auf die neuen Herausforderungen der demokratischen Erosion reagieren, sind jedoch aufgrund ihrer abweichenden politischen Präferenzen nicht Gegenstand dieser Analyse.

sowie gesellschaftliche Liberalität vs. traditionell-autoritär-nationalistisch), in der Regel eine eher sozialstaatliche und gesellschaftspolitisch progressive Ausrichtung. Dies ist ein bewusst reduzierter Zugriff auf die breite Debatte um Konfliktachsen des politischen Wettbewerbs und nimmt damit in Kauf, dass nicht in allen Fällen alle Merkmale in der politischen Praxis gleichermaßen prägend sind (etwa die Bedeutung progressiver Policies, im Sinne einer gesellschaftspolitischen Modernisierung).

Die nachfolgend betrachteten Mitte-links-Kandidat*innen eint eine Reihe spezifischer strategischer Herausforderungen: Sie müssen ihr Versprechen, sozialstaatliche Sicherheit und Teilhabe zu erhalten, mit gesellschaftlichem Wandel und einer ökologisch-ökonomischen Transformation vereinen. Das geschieht in einem Umfeld, in dem autoritäre Kräfte genau diese Modernisierung als Bedrohung von Identität und Lebensstil darstellen und Abstiegsängste aufrufen. Mitte-links-Akteur*innen konkurrieren dabei in einer immer komplexeren Konstellation um politische Mehrheiten. Einerseits sind sie weiterhin im demokratischen Wettbewerb mit konservativen und marktliberalen Parteien, andererseits müssen sie gemeinsam mit ihnen die Demokratie und ihre Integrität gegen autoritäre Herausforder*innen verteidigen.

2 Leitfrage und Untersuchungsdesign

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen konzentriert sich diese Studie auf eine Phase des demokratischen Wettbewerbs, die ebenso zentral wie schwierig ist: den Wahlkampf von Parteien und Mitte-links-Kandidat*innen in Zeiten von Polarisierung und autoritären Dynamiken. Die oftmals erkennbare Stärkung von Randparteien und insbesondere rechten Parteien lässt Wahlerfolge von Mitte-Links schwieriger erscheinen, unmöglich sind sie aber nicht. Die Leitfrage dieser Studie lautet somit: Wie können Parteien des Mitte-links-Spektrums unter den Bedingungen affektiver Polarisierung und Autokratisierung Wahlen gewinnen?

Das Ziel der Studie ist es, anhand von sieben aktuellen Fallbeispielen auf nationaler, föderaler und kommunaler Ebene Erfolgsmuster und Strategien herauszuarbeiten. Der Fokus liegt dabei auf der Kampagne, den Kandidat*innen und dem Moment des Wahlerfolgs. Diese zeitliche Eingrenzung ist wichtig, da die Studie sich mit dem Gewinn demokratischer Mehrheiten Mitte-links, nicht jedoch nicht mit darauffolgenden Fragen wie der Koalitionsbildung oder Performance während der Amtszeit befasst. Der Fokus liegt allein auf den zur Wahl stehenden Personen, dem politischen Kontext und möglichen strategischen Schlüsselfaktoren, die den Wahlsieg ermöglichten. Es geht also ausschließlich um die demokratische Gestaltungsgrundlage für Mitte-Links, nämlich wie eine elektorale Mehrheit im Wettbewerb mit anderen demokratischen wie auch anti-demokratischen Kräften erreicht wurde.

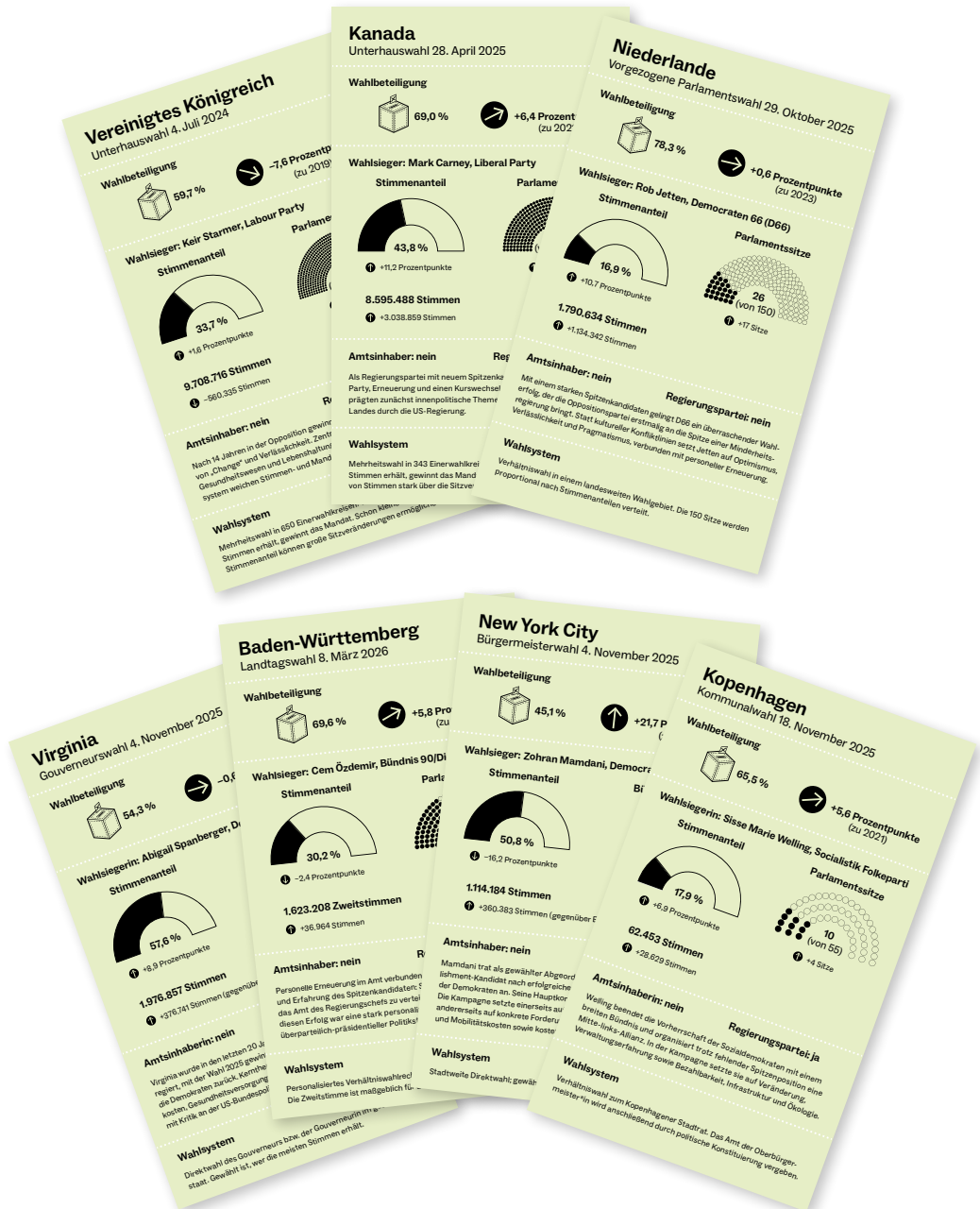
Dafür werden sieben Fälle in Europa und Nordamerika beleuchtet, in denen jüngst Mitte-links-Kandidat*innen bei demokratischen Wahlen Mehrheiten erringen konnten. Anhand der Fallbeispiele auf nationaler, föderaler und kommunaler Ebene wird untersucht, welche Personen und Inhalte sich in den zunehmend polarisierten Wahlkämpfen durchsetzen konnten. Auf nationaler Ebene analysiert die Studie die Wahlerfolge der Labour Party unter Keir Starmer bei den Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich, der sozialliberalen D66 bei den niederländischen Parlamentswahlen unter Rob Jetten sowie der Liberalen in Kanada unter Mark Carney. Auf föderaler Ebene werden die Wahlerfolge der Demokraten in Virginia unter Abigail Spanberger sowie der Grünen in Baden-Württemberg unter Cem Özdemir untersucht. Die kommunale Ebene wird anhand der Wahlerfolge von Sisse Marie Welling der grün-linken Socialistisk Folkeparti bei den Bürgermeisterwahlen in Kopenhagen sowie des Demokraten Zohran Mamdani in New York City dargestellt.

Um aus diesen unterschiedlichen politischen Kontexten und Ebenen verallgemeinerbare Erkenntnisse zu gewinnen, erfolgt die vergleichende Analyse

anhand vorher definierter Kriterien. Ziel ist es, über die bloße Einzelbetrachtung hinaus gemeinsame Muster sowie entscheidende strategische Unterschiede herauszuarbeiten, die mit dem Wahlsieg in Verbindung stehen. Der untersuchte Wahlsieg erfolgt dabei je nach Fall gegenüber rechtspopulistisch-autoritären, aber auch gegenüber etablierten demokratischen Mitbewerber*innen aus dem konservativen oder sozialdemokratischen Parteienspektrum.

Jede Fallstudie folgt einer festen Struktur: Zunächst werden die Personen und Inhalte analysiert, wobei der Fokus auf dem Profil der Kandidat*innen und deren politischen Kernbotschaften liegt. Danach wird die Hauptkonkurrenz beleuchtet, um die politischen Konfliktlinien der Wahl zu verstehen. Der nächste Abschnitt widmet sich dem gesellschaftlichen Klima und politischen Kontext, um die spezifischen lokalen Themen und Herausforderungen einzuordnen. Abschließend wird das Wahlergebnis eingeordnet. Hierbei liegt das Augenmerk insbesondere auf Veränderungen der Wahlbeteiligung, den Mobilisierungsmustern und der Zusammensetzung der politischen und gesellschaftlichen Koalition, die den Sieg ermöglichte. Die Studie schließt mit einer vergleichenden Gesamtsynthese, die die Fälle zusammenführt und zentrale strategische Ableitungen aufstellt.

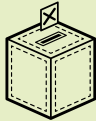
3 Wahlerfolge Mitte-Links: Die Fallstudien



Vereinigtes Königreich

Unterhauswahl 4. Juli 2024

Wahlbeteiligung



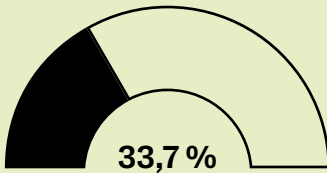
59,7 %



-7,6 Prozentpunkte
(zu 2019)

Wahlsieger: Keir Starmer, Labour Party

Stimmenanteil



33,7 %

⬆ +1,6 Prozentpunkte

Parlamentssitze



41
(von 650)

⬆ +209 Sitze

9.708.716 Stimmen

⬇ -560.335 Stimmen

Amtsinhaber: nein

Regierungspartei: nein

Nach 14 Jahren in der Opposition gewinnt Labour mit dem Versprechen von „Change“ und Verlässlichkeit. Zentrale Themen waren Wirtschaft, Gesundheitswesen und Lebenshaltungskosten. Bedingt durch das Wahlsystem weichen Stimmen- und Mandatsanteile massiv voneinander ab.

Wahlsystem

Mehrheitswahl in 650 Einerwahlkreisen. Wer im Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, gewinnt das Mandat. Schon kleine Verschiebungen beim Stimmenanteil können große Sitzveränderungen ermöglichen.

Unterhauswahl Vereinigtes Königreich 2024: *„It's time to change Britain“**

Personen und Inhalte

Keir Starmer trat 2024 als Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Labour Party bei den britischen Unterhauswahlen an, nachdem er 2020 den Parteivor-
sitz von Jeremy Corbyn übernommen und seitdem die Partei programmatisch
wie rhetorisch sichtbar in Richtung politische Mitte gerückt hatte. Biografisch
stützte er diesen Kurs der Mitte durch seine Erfahrung als Jurist und ehemaliger
Leiter der britischen Staatsanwaltschaft. Dies verlieh ihm im Wahlkampf eine
Aura von Professionalität und Regierungsfähigkeit, verstärkte jedoch zeitgleich
sein Image des eher nüchternen Technokraten. Diese Wirkung gehörte aber auch
zu seiner kalkulierten Strategie: Nach Jahren interner Konflikte und einer star-
ken innerparteilichen Polarisierung unter seinem Vorgänger setzte Starmer auf
den scharfen Kontrast von Professionalität statt Chaos. Er kritisierte die amtie-
rende konservative Regierung mit einer betont sachlichen, staatsmännischen
Ansprache (POLITICO 2022).

Inhaltlich bündelte Labour sein Angebot unter dem einfachen Leitbegriff
„Wandel“ (*Change*), der sich nicht nur auf die eigene Partei, sondern das ganze
Land bezog. Die Wahl wurde konsequent als notwendige Veränderung nach
14 Jahren konservativer Regierungszeit gerahmt. Dabei verzichtete Starmer auf
eine große ideologische Erzählung und setzte stattdessen auf eine Palette kon-
kreter, alltagsnaher Versprechen: Am meisten betonte Starmer die Wichtigkeit
ökonomischer Stabilität; er erhob wirtschaftliches Wachstum zur zentralen Leit-
linie der gesamten Kampagne. Dabei versuchte er, das Image der Labourpartei
nach den radikalen Corbyn-Jahren wieder mit wirtschaftlicher Sicherheit zu ver-
binden, beispielsweise mit Slogans wie „*Safe for business*“ oder „*Safe for families*“.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Sanierung des maroden staatlichen
Gesundheitssystems National Health Service (NHS) mit dem Versprechen, ins-
besondere die drastische Wartezeit auf Termine bei Ärzten zu reduzieren. Diese
Vorhaben waren Teil von Labours Konzept eines „missionsorientierten Regie-
rens“ (*mission-driven government*). Damit sicherte Starmer zu, das Regierungs-

* „Es ist Zeit, das Vereinigte Königreich zu verändern“

handeln an klaren und messbaren Prioritäten auszurichten, um die Effektivität und Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen.

Zu den zentralen Inhalten Starmers gehörte eine verstärkte staatliche Industriepolitik in Bereichen, die durch vergangene Privatisierungen besonders belastet worden waren. Den steigenden Energiepreisen sollte dabei die Gründung von „Great British Energy“ entgegenwirken, ein öffentlich getragenes Unternehmen für saubere und bezahlbare Energie. Flankiert wurde dieser Kurs durch die angestrebte Rückführung des Schienenverkehrs in öffentliche Hand unter dem Dach der „Great British Railway“, womit Labour rhetorisch an Zeiten britischen Wohlstands vor der Thatcher-Ära anknüpfte. Weitere geplante Projekte waren verbesserte Arbeitsstandards sowie die Erweiterung kostenloser Frühstückangebote an Grundschulen. Starmers Kernbotschaft lautete dabei, Labour wieder „in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung“ zu stellen, was gezielt auf die materiellen Nöte der Arbeiter- und Mittelschicht abzielte. Dazu gehörten auch verschärfte Positionen beim Thema Migration wie ein strikteres Grenzmanagement und die Schaffung eines neuen Grenzschutzkommandos.

Bemerkenswert ist zudem, welche Themen Starmer bewusst aussparte: Er vermied den Ton eines radikalen Sozialismus seines Vorgängers ebenso wie eine erneute Debatte über den Brexit. Stattdessen strebte Labour einen pragmatischen Neustart der Beziehungen zur EU an, ohne eine vollständige Rückkehr in den Binnenmarkt oder die Zollunion zu fordern. Auch bei Themen mit Spaltungspotenzial agierte er vorsichtig. Beispielsweise versprach er, dass ursprünglich geplante Investitionen in Höhe von 28 Milliarden Pfund für ökologische Projekte deutlich gekürzt würden.

Politische Wettbewerber

Der zentrale politische Kontrahent für die Labour Party und Keir Starmer war Premierminister Rishi Sunak mit der Conservative Party, die nach 14 Jahren an der Macht erkennbar in den Verteidigungsmodus wechselte. Sunaks Kampagne stützte sich massiv auf klassische konservative Kernforderungen wie niedrigere Steuern und weniger Zuwanderung. Durch eine starke Personalisierung auf das Duell „Sunak gegen Starmer“ versuchte die konservative Regierungsseite, den Labour-Kandidaten als riskantes Experiment darzustellen und Sunak selbst als Garanten für Stabilität zu inszenieren. Diese Strategie wurde durch Sunaks Wahlversprechen flankiert, die gezielt auf politische Härte und ökonomische Entlastung setzten, um rechte Wähler*innen an sich zu binden, die sich vermehrt der nationalistischen Partei Reform UK zuwandten. Angesichts der langen Regierungsverantwortung der Tories wirkten diese Versprechungen, Veränderung herbeizuführen, jedoch wenig glaubhaft.

Auffällig war, dass sich der Wahlkampf eher in einen „Unbeliebtheitswettbewerb“ wandelte. Umfragen zeigten, dass sowohl Sunak als auch Starmer bei

persönlichen Attributen schwache Werte erzielten, die teils sogar hinter den Werten ihrer eigenen Parteien zurückblieben (The Economist 2024b). Die Betonung der Unbeliebtheit des jeweiligen Kontrahenten drückte beide Kampagnen in eine stark personalisierte Richtung. Für Labour erwies sich diese Konstellation als handhabbar: Starmer musste nicht zwingend Begeisterung auslösen; es genügte, weniger abgelehnt zu werden als Sunak. Dies ermöglichte es Labour, die Wahl konsequent als Referendum über die gemeinhin als schlecht bewertete Regierungsbilanz der Konservativen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheitswesen und Lebenshaltungskosten zu rahmen.

Zusätzlich geriet der konservative Amtsinhaber Sunak unter Druck von rechts durch die Partei Reform UK. Durch diese Konkurrenz fühlten sich die Konservativen an vielen Stellen dazu gezwungen, ihre Kampagne verstärkt auf kulturpolitische Signale und eine noch schärfere Migrationsrhetorik auszurichten. Labour hingegen versuchte bewusst, sich nicht in diese Arena hineinziehen zu lassen. Die Betonung staatspolitischer Verlässlichkeit bildete den entscheidenden Gegenpol zur instabil wirkenden Regierungsführung der konservativen Tories.

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Das gesellschaftliche Klima im Vorfeld der britischen Unterhauswahl 2024 war maßgeblich durch eine tiefgreifende Ermüdung nach 14 Jahren konservativer Regierungsführung geprägt. Als Premierminister Rishi Sunak am 22. Mai 2024 überraschend vorgezogene Neuwahlen für den 4. Juli ausrief, war die Conservative Party nach einer Serie instabiler Führungswechsel, von Boris Johnson über Liz Truss bis hin zu Sunak selbst, personell und inhaltlich am Ende eines langen Regierungszyklus. In diesem Kontext stand der Urnengang weniger für das Erteilen eines neuen programmatischen Mandats, sondern wirkte vielmehr als Abrechnung mit jahrelanger wirtschaftlicher Stagnation nach dem Brexit und der Pandemie sowie den ständigen Kurswechseln der konservativen Regierungen. Dass die Wahl zudem unter neuen Wahlkreisgrenzen stattfand, verstärkte den Eindruck eines historischen Einschnitts und zwang die Parteien dazu, ihre Strategien in einem hochgradig kompetitiven Mehrheitswahlssystem neu auszurichten.

Im Alltag der Bevölkerung dominierten existenzielle Sorgen: Laut Umfragen des Instituts YouGov (YouGov 2024a) waren die steigenden Lebenshaltungskosten, die dramatisch angespannte Lage beim staatlichen Gesundheitssystem NHS sowie die allgemeine wirtschaftliche Schwäche die zentralen Faktoren für die Wahlentscheidung. Während Themen wie Migration und Asyl vor allem rechte Milieus mobilisierten, spielten Umweltfragen nur in linken Wählersegmenten eine wichtige Rolle. Ein entscheidender strategischer Vorteil für Keir Starmer lag darin, dass die Konservativen nach ihrer langen Regierungszeit die

zugeschriebene Kompetenz in ihren Kernbereichen, insbesondere bei der Wirtschaftspolitik, weitgehend eingebüßt hatten.

Besonders bemerkenswert war die Verschiebung im Vergleich zur Wahl 2019 mit Blick auf den Brexit. Dieser fungierte in keinem der politischen Lager mehr als wahlentscheidendes Thema. Diese Entschärfung des britischen Identitätskonflikts gab der Labour Party den notwendigen Spielraum, den Wahlkampf konsequent als eine Entscheidung über öffentliche Dienstleistungen und ökonomische Sicherheit zu rahmen. Indem Starmer die Wahl als Service- und Wohlstandswahl und nicht als identitätspolitischen Konflikt definierte, konnte er weite Teile der wirtschaftlich unzufriedenen Mitte ansprechen, die traditionell eher die Konservativen unterstützen.

Wahlergebnisse

Die Unterhauswahl vom 4. Juli 2024 markierte eine historische Zäsur in der britischen Parteienlandschaft, war jedoch zugleich von einer auffällig geringen Wahlbeteiligung geprägt. Mit nur 59,7 Prozent erreichte die Partizipation den niedrigsten Stand seit 2001, was einem Rückgang von 7,6 Prozentpunkten gegenüber 2019 entspricht. Dieser Rückzug von den Urnen geht nicht nur auf die persönliche Unbeliebtheit beider Spitzenkandidaten zurück. Er liegt auch an der weitverbreiteten Erwartung, dass Labour nach 14 Jahren konservativer Regierungszeit sicher siegen würde, wodurch der mobilisierende Effekt eines knappen Rennens ausblieb. Ein besonderes Merkmal dieser Wahl war der massive Zuwachs für Nigel Farages national-populistische Partei Reform UK, die ihren Stimmenanteil um 12,3 Prozentpunkte auf insgesamt 14,3 Prozent steigern konnte. Dieser Aufwärtstrend von Reform UK setzt sich auch aktuell fort und verdeutlicht, dass Wahlsiege und Amtsübernahmen des Mitte-links-Lagers nicht automatisch lang anhaltenden Herausforderungen wie Polarisierung und Radikalisierung entgegenwirken.

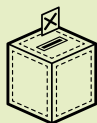
Das britische Mehrheitswahlrecht sorgte für ein extremes Missverhältnis zwischen dem Wählerwillen und der Sitzverteilung im Parlament. Bei dieser Wahl war die Abweichung zwischen den Stimmenanteilen der Parteien und ihrem Anteil an den Parlamentssitzen so groß wie seit dem späten 19. Jahrhundert nicht mehr (The Economist 2024a). Trotz eines moderaten Stimmengewinns von lediglich 1,6 Prozent konnte Keir Starmer's Labour Party ihre Mandatszahl mehr als verdoppeln und sich so eine komfortable absolute Mehrheit im Unterhaus sichern. In absoluten Zahlen mobilisierte Labour jedoch weniger Wähler*innen als bei vorangegangenen Wahlen. Während die Konservativen auf 121 Sitze abstürzten, errangen die Liberaldemokraten mit 72 Mandaten ihr bestes Ergebnis seit 1923. Reform UK zog als Partei mit dem größten Stimmzuwachs erstmals ins Parlament ein, konnte aufgrund des Wahlsystems jedoch lediglich fünf Mandate erringen.

Eine detaillierte Analyse der Wählerwanderung verdeutlicht die Erosion der etablierten Conservative Party: Sie hielt nur noch gut die Hälfte ihrer Basis von 2019, wobei allein 25 Prozent der früheren Wähler*innen zu Reform UK wechselten. Labour konnte hingegen etwa 71 Prozent seiner Anhängerschaft halten, verlor jedoch signifikante Anteile an die Grünen und die Liberaldemokraten (YouGov 2024b). Aufgrund des Missverhältnisses zwischen Realstimmenverlusten und parlamentarischer Dominanz wurde Starmers Erfolg von den Medien vielfach als „Hollow Victory“, also als Wahlsieg ohne breite Zustimmung, interpretiert.

Kanada

Unterhauswahl 28. April 2025

Wahlbeteiligung



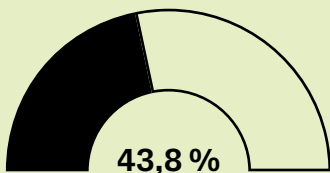
69,0 %



+6,4 Prozentpunkte
(zu 2021)

Wahlsieger: Mark Carney, Liberal Party

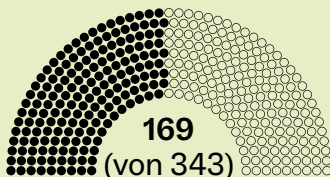
Stimmenanteil



43,8 %

⬆ +11,2 Prozentpunkte

Parlamentssitze



169
(von 343)

⬆ +9 Sitze

8.595.488 Stimmen

⬆ +3.038.859 Stimmen

Amtsinhaber: nein

Regierungspartei: ja

Als Regierungspartei mit neuem Spitzenkandidaten gelingt es der Liberal Party, Erneuerung und einen Kurswechsel zu verbinden. Den Wahlkampf prägten zunächst innenpolitische Themen, dann die Bedrohungen des Landes durch die US-Regierung.

Wahlsystem

Mehrheitswahl in 343 Einerwahlkreisen. Wer im Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, gewinnt das Mandat. So können regionale Konzentrationen von Stimmen stark über die Sitzverteilung entscheiden.

Unterhauswahl Kanada 2025: *„Time for Experience, not Experiments“**

Personen und Inhalte

Bei der kanadischen Unterhauswahl am 28. April 2025 gewann die Liberale Partei unter der Führung von Mark Carney mit rund 44 Prozent der Stimmen vor ihrem Hauptkonkurrenten, der Konservativen Partei unter Spitzenkandidat Pierre Poilievre, die auf rund 41 Prozent kam. Die Liberale Partei gilt im kanadischen System mit zwei dominanten Parteien als politische Mitte-links-Kraft und hat inhaltliche Anknüpfungspunkte zu sozialliberalen, ökologischen und sozialdemokratischen Strömungen. Carney selbst galt eher als nüchterner Technokrat und politischer Quereinsteiger mit starkem wirtschaftspolitischem Profil. Er beerbte den langjährigen Amtsinhaber Justin Trudeau der Liberalen Partei nach dessen Rückzug und übernahm als neuer Spitzenkandidat sehr schnell die Führung im Wahlkampf.

Generell war die Strategie der Liberalen geprägt von Pragmatismus und dem Willen zur Macht. Als abzusehen war, dass der zunehmend unbeliebte Amtsinhaber Trudeau gegenüber seinem populistischen Herausforderer der Konservativen Partei, Pierre Poilievre, wenig Chancen hatte, wurde ein personeller Neustart eingeleitet. Trudeau war in den Jahren vor der Wahl vor allem deshalb unpopulär, weil große Teile der Öffentlichkeit seine Regierung mit steigenden Lebenshaltungskosten und der Wohnkrise, einer unpopulären Migrationspolitik, harten Pandemiemaßnahmen und einer allgemeinen Ermüdung nach fast einem Jahrzehnt Regierungszeit verbanden (BBC 2025). Es gelang den Liberalen, ihren unbeliebten Amtsinhaber Trudeau noch vor der Wahl aus strategischem Kalkül glaubwürdig gegen einen populäreren Kandidaten auszutauschen und dabei Geschlossenheit und Regierungsfähigkeit zu wahren. Die Beispiele der Amtsinhaber Joe Biden (USA 2024) und Olaf Scholz (Deutschland 2025) zeigen im Kontrast dazu, wie folgenreich es sein kann, wenn eine Partei den nötigen personellen Neuanfang zu lange hinauszögert oder ganz unterlässt.

Im Fall der kanadischen Liberalen wirkte der Personalwechsel als dringend benötigtes Signal eines Neustarts und lud enttäuschte Wechselwähler*innen

* „Zeit für Expertise, nicht für Experimente“

ein, der Partei eine neue Chance zu geben. Mark Carney, Ökonom und ehemals Gouverneur der Zentralbanken von Kanada und anschließend England, galt dabei eher als Pragmatiker (The Economist 2025b). Wichtig war auch, dass er glaubhaft vermitteln konnte, nicht eng mit der amtierenden Regierung verbunden zu sein. Tatsächlich hatte er vor seiner Berufung zum Premierminister nie ein gewähltes politisches Mandat inne.

Als Kandidat fokussierte sich Carney dabei inhaltlich klar auf die ihm zugeschriebene ökonomische Kompetenz: Er inszenierte sich als rationaler Krisenmanager in einer sich zuspitzenden Lage angesichts drohender US-Zölle und verband das mit einer betont harten inhaltlichen Positionierung gegen Trump (POLITICO 2025c). Zugleich hob er in der Kampagne immer wieder hervor, dass für Kanada jetzt Erfahrung und Professionalität gefragt seien und keine politischen Experimente, und verknüpfte damit sein persönliches Profil direkt mit dem zentralen Wahl-Narrativ von Stabilität und Handlungsfähigkeit (The New York Times 2025a).

Um die Wechselwähler*innen der Mitte zurückzugewinnen, setzte die Kampagne der Liberalen auf massive inhaltliche Kurskorrekturen und sparte vor-malige Kernthemen bewusst aus. Beispielhaft für diesen Versuch, den Konservativen Angriffsflächen zu entziehen, war die defensive Positionierung in der Klima- und Energiepolitik. Obwohl Carney in seiner Zeit als Zentralbankchef als erklärter Verfechter grüner Investitionen galt, ging er im Wahlkampf früh schmerzhaft Kompromisse ein. Er vermied klare klimapolitische Bekenntnisse und versprach stattdessen erhöhte Förderquoten fossiler Rohstoffe, um die Wirtschaft anzutreiben – ein direktes Zugeständnis an Poilievre, der niedrigere Energiepreise gefordert hatte. Carney gelang es jedoch, das Preisgeben des eigenen grünen Profils als notwendigen Beitrag zur nationalen Souveränität und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber den USA darzustellen (The New York Times 2025a). Ebenso vermied die Kampagne eine offensive Verteidigung der bisherigen, stark liberalen Migrationspolitik Trudeaus, die in der Öffentlichkeit zunehmend mit der Wohnraumkrise in Verbindung gebracht wurde. Indem diese hochpolarisierenden Themen gezielt ausgespart wurden, entzog Carney den Konservativen wichtige Mobilisierungsgrundlagen, ohne seine linke Basis vollständig zu verprellen.

Politische Wettbewerber

Der Hauptkonkurrent der amtierenden Liberalen Partei waren die Konservativen, die seit dem Führungswechsel zu Pierre Poilievre im September 2022 einen deutlich härteren, populistischeren Kurs verfolgten. Gegenüber Trudeau inszenierte sich Poilievre als moderner Kandidat gegen das politische Establishment mit Augenmerk auf Wohnungsnot und Lebenshaltungskosten und versprach Steuersenkungen, weniger staatliche Eingriffe und die natürlichen

Ressourcen Kanadas, wie Land, Erdöl und Wälder, für Wachstum zu nutzen. Flankiert wurde dies von Angriffen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Ankündigung, die Auslandshilfen zu kürzen (The New York Times 2025a). Diese Agenda machte ihn gegenüber dem Amtsinhaber Trudeau lange Zeit zum eindeutigen Favoriten in den Umfragen.

Das Bild wandelte sich jedoch mit Trumps Amtsantritt am 20. Januar 2025. Die anschließende Eskalation rund um Handelszölle und Trumps aggressive Infragestellung kanadischer Souveränität lösten in der kanadischen Öffentlichkeit eine starke Gegenreaktion aus. Während Mark Carney die Trump'schen Drohungen konsequent ins Zentrum seiner Kampagne stellte und den US-Präsidenten offensiv kritisierte, wurde Poilievres ideologische und stilistische Nähe zu Trump in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend zur Belastung. Poilievre selbst grenzte sich nur zögerlich von der Trump-Administration ab (The New York Times 2025a).

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Der kanadische Wahlkampf 2025 hatte mindestens zwei klar unterscheidbare Phasen: In der ersten Phase, noch unter dem extrem unbeliebten Amtsinhaber Trudeau, dominierten klassische innenpolitische „Brot und Butter“-Themen: steigende Lebenshaltungskosten, vor allem bei den Themen Wohnen und Energie, ein verbreitetes Gefühl von Überregulierung und Kontrollverlust sowie Zuwanderung und öffentliche Sicherheit (The New York Times 2025a). In dieser Konstellation wirkten die Konservativen unter Pierre Poilievre lange wie die klaren Favoriten, weil sie die Unzufriedenheit im Land populistisch zuspitzten und die Wahl als Referendum gegen den Status quo inszenierten.

Die zweite Phase begann mit Trumps Amtsübernahme am 20. Januar 2025 und den dadurch aufflammenden Debatten um Zölle, wirtschaftliche Verwundbarkeit und nationale Souveränität. Plötzlich standen nicht mehr nur Preise, Wohnen und Zuwanderung im Vordergrund, sondern die Frage, wie Kanada sich gegenüber Washington behauptet. Genau hier passte Carneys moderates und pragmatisches Anti-Trump-Profil: Er machte die Bedrohung durch Trump zum zentralen Thema der Kampagne und konnte so Kompetenz und Schutzversprechen verbinden, während Poilievres wahrgenommene Nähe zu Trump zum Problem wurde (BBC 2025). Skandale spielten in beiden Phasen keine tragende Rolle; entscheidend war die Verschiebung der Agenda von innenpolitischem Frust hin zu einer Art „Souveränitätswahl“ unter externem Druck (The Economist 2025b).

Wahlergebnisse

Die institutionellen Rahmenbedingungen Kanadas, ein Mehrheitswahlrecht nach dem Westminster-Modell, begünstigen die Bildung eines Parteiensystems mit zwei dominanten Parteien. In diesem Umfeld konnten sich die Liberalen unter Mark Carney als stärkste Kraft durchsetzen. Sie gewannen sowohl die meisten Stimmen als auch die meisten Sitze, verfehlten jedoch die absolute Mehrheit und müssen daher als Minderheitsregierung agieren. Da zugleich auch die Konservativen deutlich an Mandaten gewannen, lässt sich das Ergebnis als eine beidseitige Mobilisierung der großen Lager interpretieren.

Diese Zuspitzung schlug sich in einer für kanadische Verhältnisse außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung nieder. Die intensive Polarisierung und das über Wochen hinweg knappe Rennen führten dazu, dass 69 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben – der höchste Wert seit 1993. Carney profitierte dabei massiv von einer Trendumkehr in der öffentlichen Meinung. Nachdem Trudeau sich zurückgezogen hatte, wandelte sich die Stimmung: Der Wunsch nach einer Abrechnung mit der Regierung schwand zugunsten des Bedürfnisses nach Stabilität und Schutz der nationalen Souveränität gegenüber der neuen US-Regierung (BBC 2025).

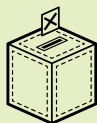
Bei der Analyse der Wählermilieus zeigt sich jedoch eine tiefgreifende Verschiebung der Wählerschaft. Mark Carney war besonders in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an Akademiker*innen sowie bei in Kanada geborenen Wählergruppen erfolgreich. Doch von den migrantischen Communitys wurden die Liberalen abgestraft: In Regionen mit niedrigen Bildungsniveaus und hohen Anteilen an Migrant*innen konnten die Konservativen trotz ihres harten Kurses in der Zuwanderungsfrage zulegen (The Economist 2025a). Dass diese Gruppen für einen restriktiven Kurs in der Zuwanderungsfrage stimmten, ist kein Widerspruch, sondern bestätigt Erkenntnisse der vergleichenden Migrationsforschung. Demnach neigen etablierte Einwanderergruppen dazu, konservativ zu wählen, wenn sie den eigenen Integrationserfolg und sozialen Status in Zeiten politisierter Migrationsdebatten gegenüber neuer Konkurrenz absichern möchten. Dadurch erodiert die traditionelle Unterstützung für die kanadischen Liberalen in migrantischen Milieus – eine Entwicklung, die sich aktuell auch bei den US-Demokraten oder der deutschen SPD beobachten lässt.

Zusätzlich zur sozialen Struktur spielten religiöse und weltpolitische Themen eine beachtliche Rolle bei der Polarisierung. Analysen des *Economist* (2025a) zufolge führte insbesondere die Debatte um den Nahostkonflikt und die als zu israelfreundlich wahrgenommene Position der Konservativen Partei zu weiteren Wählerwanderungen. Während die Liberalen in säkularen und muslimisch geprägten Regionen ungewöhnlich stark abschnitten, verbuchten die Konservativen in stark jüdisch geprägten Wahlkreisen deutliche Zugewinne.

Niederlande

Vorgezogene Parlamentswahl 29. Oktober 2025

Wahlbeteiligung



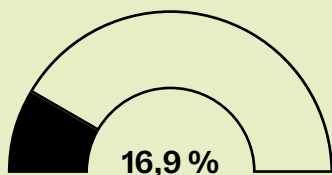
78,3 %



+0,6 Prozentpunkte
(zu 2023)

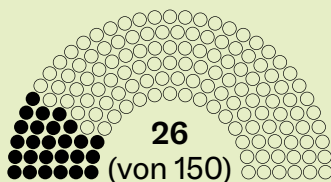
Wahlsieger: Rob Jetten, Democraten 66 (D66)

Stimmenanteil



⬆ +10,7 Prozentpunkte

Parlamentssitze



⬆ +17 Sitze

1.790.634 Stimmen

⬆ +1.134.342 Stimmen

Amtsinhaber: nein

Regierungspartei: nein

Mit einem starken Spitzenkandidaten gelingt D66 ein überraschender Wahlerfolg, der die Oppositionspartei erstmalig an die Spitze einer Minderheitsregierung bringt. Statt kultureller Konfliktlinien setzt Jetten auf Optimismus, Verlässlichkeit und Pragmatismus, verbunden mit personeller Erneuerung.

Wahlsystem

Verhältnisswahl in einem landesweiten Wahlgebiet. Die 150 Sitze werden proportional nach Stimmenanteilen verteilt.

Parlamentswahl Niederlande 2025: *„Het kan wél“**

Personen und Inhalte

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 29. Oktober 2025 erzielte Rob Jetten, der 38-jährige Spitzenkandidat der sozialliberalen Democraten 66 (D66), ein überraschend starkes Ergebnis. Nachdem die Partei in Umfragen lange Zeit abgeschlagen war, setzte Jetten in seiner Wahlkampfkampagne auf optimistische Narrative als Gegenentwurf zum vorherrschenden politischen Zynismus. Unter dem Slogan „Het kan wél“ (Es kann klappen) inszenierte er sich und seine Partei als pragmatische Problemlöser in einer Zeit der institutionellen Blockade. Dieser Stil verfiel bei großen Teilen der Wählerschaft, die nach dem Scheitern der vorherigen Regierung Sehnsucht nach staatlicher Handlungsfähigkeit und einer positiven Vision verspürte (The Guardian 2025b).

Inhaltlich vollzog Jetten dabei eine strategische Neuausrichtung zur Mitte. Statt klassischer Identitätspolitik rückte er „harte“ Themen wie die Wohnungsmarktkrise und die wirtschaftliche Stabilität in den Fokus. Besonders beim Thema Migration wählte D66 einen pragmatischeren Kurs, der humanitäre Grundsätze mit einer stärkeren Begrenzung und Steuerung verbinden sollte. Das machte die Partei auch für einen Teil der enttäuschten ehemaligen Wählerschaft der rechten Vorgängerregierung anschlussfähig (The Guardian 2025b). Sie erkannte die Sorgen vor einer Überlastung der Gesellschaft an und forderte gesteuerte Zuwanderung, grenzte sich jedoch scharf von der rassistischen Rhetorik der amtierenden Rechten ab. Diese Strategie ermöglichte es Jetten, sich als vernünftige Alternative und Person zu präsentieren, die Probleme löst, anstatt sie nur zu bewirtschaften. Sein Angebot überzeugte insbesondere enttäuschte Wähler der Arbeitspartei und parteilich ungebundene Konservative.

Um diese breite Koalition aus enttäuschten und zurückgewonnenen Mitte-links-Wähler*innen und moderaten Konservativen zu schmieden, verzichtete die D66-Kampagne bewusst auf Themenfelder, die in der Vergangenheit Polarisierung begünstigt hatten. Am deutlichsten zeigte sich dies im Vermeiden linker Identitätspolitik, mit der die Partei zuvor oft assoziiert worden war. Anstatt kulturelle Konfliktlinien zu betonen, wurden diese Themengebiete eher in den Hintergrund gerückt. So vermied es Jetten beim Thema Migration, sich für

* „Es kann klappen“

eine möglichst europäisch ausgerichtete, extensive Asylpolitik auszusprechen. Ähnlich defensiv verfuhr die Partei in der Agrar- und Umweltpolitik. Bei den geplanten Stickstoffemissionszielen für Landwirte, einem stark polarisierenden Konfliktthema in der ländlichen Bevölkerung der Niederlande, wurde mehr Flexibilität zugestanden und das Thema so gezielt entschärft. Durch das Ausblenden solcher einstiger Kernpositionen und den stattdessen gewählten pragmatischen Fokus entzog Jetten seinen politischen Wettbewerbern bewusst Angriffsfläche und inszenierte seine D66 erfolgreich als verlässliche Alternative zum Chaos der vorherigen rechten Regierung.

Politische Wettbewerber

Der zentrale Kontrahent in diesem Wahlkampf war Geert Wilders mit seiner rechtspopulistischen PVV, die aus der Wahl 2023 noch als stärkste Kraft hervorgegangen war. Im Juni 2025 hatte Wilders die von der PVV dominierte Rechtskoalition unter dem parteilosen Technokraten Dick Schoof als Ministerpräsident jedoch gezielt zu Fall gebracht, indem er unrealistische Forderungen in der Asylpolitik stellte, die von den restlichen konservativen Regierungsparteien nicht mitgetragen wurden. Die Strategie von Wilders, sich erneut als prinzipientreuer Außenseiter gegen das Establishment zu inszenieren, ging dieses Mal jedoch nicht auf. Die PVV hatte durch ihre Regierungsbeteiligung ihren Außenseiterstatus eingebüßt und wurde nun von weiten Teilen der Öffentlichkeit selbst als Mitverursacherin der zunehmend politischen Instabilität wahrgenommen (Reuters 2025d). Erschwerend kam ein Skandal um KI-generierte Fake-Bilder hinzu, die anonym von zwei PVV-Abgeordneten verbreitet worden waren und den linken Konkurrenten Frans Timmermans diffamierten.

Ein weiterer Gegenspieler für die D66 war das Bündnis aus Grünen und Sozialdemokraten (GroenLinks/GL und Partei der Arbeit/PvdA) unter Frans Timmermans. Das Bündnis versuchte, die Wahl zu einer Richtungswahl zwischen Rechtsaußen und Links zu stilisieren, konnte jedoch die Wechselstimmung nicht für sich nutzen. Timmermans galt vielen Wähler*innen als Repräsentant einer vergangenen Ära und konnte thematisch kaum punkten, da D66 viele Positionen aus dem Mitte-links-Spektrum moderner, pragmatischer und weniger ideologisch besetzte. Auch der einstige Hoffnungsträger der Mitte, die Partei NSC („Neuer Gesellschaftsvertrag“) von Pieter Omtzigt, spielte faktisch keine Rolle mehr: Nach ihrer Beteiligung am gescheiterten Kabinett Schoof wurde die Partei marginalisiert.

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Die Wahl fand in einem gesellschaftlichen Klima tiefer politischer Verdrossenheit und institutioneller Verunsicherung statt. Das nur einjährige Experiment der Regierung Schoof, einer Expertenregierung unter Duldung der Rechtspopulisten, hatte das Vertrauen beschädigt, dass der Parlamentarismus lösungsfähig ist. Die Stimmung im Land war weniger von ideologischer Schärfe geprägt als von dem Wunsch nach „Normalität“ und funktionierender Verwaltung. Das dominierende Thema war neben der Migration vor allem die massive Wohnungsnot („*Wooncrisis*“), die weite Teile der Mittelschicht und junge Menschen betraf und den sozialen Frieden bedrohte (The Guardian 2025e).

In diesem Kontext wirkte die Polarisierung, die Wilders betrieb, auf viele Wähler*innen eher abschreckend. Während 2023 noch die Wut auf das „System Rutte“ vorherrschte, dominierte 2025 die Angst vor unregierbaren Zuständen. Diese Befürchtungen wurden durch ein strukturelles Merkmal des niederländischen Wahlsystems verstärkt: Die niedrige Sperrklausel begünstigt eine ausgeprägte Parteienvielfalt, was die Bildung stabiler Regierungsmehrheiten herausfordernd macht (The Guardian 2025e).

Nach der enttäuschenden Koalition der großen Mitte-rechts-Parteien mit der radikalen PVV suchte die Wählerschaft politische Kompetenz innerhalb des demokratischen Mitte-links-Spektrums. Hier konnten sich vor allem die Parteien behaupten, die pragmatische und nichtideologische Positionen, etwa beim Thema Migrationsfrage, mit rhetorischer Mäßigung und Stabilität versprachen.

Wahlergebnisse

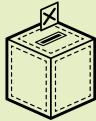
Das Wahlergebnis vom 29. Oktober 2025 führte zu einer deutlichen Veränderung der politischen Landschaft in den Niederlanden, auch wenn dadurch eine Pattsituation an der Spitze entstand. D66 gewann 26 Sitze und damit fast drei Mal so viele wie zuvor. Sie zog gleichauf mit der rechtspopulistischen PVV, die elf Sitze verlor und ebenfalls auf 26 Mandate kam. Aufgrund des eindeutig positiven Trends von D66 und eines kleinen Vorsprungs bei den absoluten Stimmen wurde das Ergebnis allgemein als Sieg für Rob Jettens Partei interpretiert (Reuters 2025c). Die Wahlbeteiligung blieb stabil hoch, was das anhaltende Interesse an der nationalen Richtungsentscheidung und die Spannung mit Blick auf den unklaren Wahlausgang unterstrich. Bemerkenswert waren auch die Verschiebungen innerhalb des fragmentierten bürgerlichen Lagers. Die moderne, erst 2023 gegründete Zentrums Partei NSC stürzte nach ihrem Wahlerfolg von 2023 ab und verlor alle 20 Mandate. Währenddessen gewannen die seit den 1970er-Jahren etablierten Christdemokraten (CDA) überraschend 13 Sitze dazu (POLITICO 2025a).

Die Phase nach der Wahl bestätigte die für die Niederlande typische Komplexität der Regierungsbildung in einem stark fragmentierten Parlament. Nachdem eine Mehrheitskoalition an gegenseitigen Blockaden der drittstärksten Kraft VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie), lang dominante Regierungspartei unter Mark Rutte, und dem Linksbündnis GL-PvdA gescheitert war, verständigten sich D66, VVD und CDA erst im Januar 2026 auf eine Minderheitsregierung. Im Februar 2026 wurde der Koalitionsvertrag „Aan de slag“ (Ans Werk) präsentiert und D66-Chef Rob Jetten als Formateur benannt, so die Bezeichnung des mit der Kabinettsbildung beauftragten künftigen Regierungschefs im niederländischen System. Damit betreten die Niederlande den Pfad der Minderheitsregierung auf nationaler Ebene und sind für Gesetzesmehrheiten auf wechselnde parlamentarische Mehrheiten angewiesen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Regierung der Mitte, geführt durch die linksliberale D66, dabei Zugeständnisse gegenüber Akteur*innen am rechten und linken Rand machen muss, um handlungsfähig zu bleiben.

Virginia

Gouverneurswahl 4. November 2025

Wahlbeteiligung



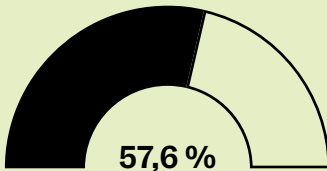
54,3 %



−0,6 Prozentpunkte
(zu 2021)

Wahlsiegerin: Abigail Spanberger, Democratic Party

Stimmenanteil



⬆ +8,9 Prozentpunkte

Gouverneurin



1.976.857 Stimmen

⬆ +376.741 Stimmen (gegenüber Terry McAuliffe 2021, Demokraten)

Amtsinhaberin: nein

Regierungspartei: nein

Virginia wurde in den letzten 20 Jahren überwiegend von den Demokraten regiert, mit der Wahl 2025 gewinnt Spanberger das Gouverneursamt für die Demokraten zurück. Kernthemen der Kampagne waren Lebenshaltungskosten, Gesundheitsversorgung und wirtschaftliche Stabilität, verbunden mit Kritik an der US-Bundespolitik unter Präsident Trump.

Wahlsystem

Direktwahl des Gouverneurs bzw. der Gouverneurin im gesamten Bundesstaat. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Gouverneurswahl Virginia 2025: *„Affordable Virginia“**

Personen und Inhalte

Abigail Spanberger, eine CIA-Veteranin und von 2018 bis 2024 demokratische Kongressabgeordnete für Virginia, trat 2025 als moderate demokratische Herausforderin zur Gouverneurswahl in ihrem Heimatstaat an. Als Tochter eines Bundespolizisten und einer Krankenschwester in Virginia aufgewachsen, erwarb sie sich in Washington den Ruf einer Abgeordneten, die über Parteigrenzen hinweg zur Zusammenarbeit bereit ist. In dieser Rolle setzte sie sich unter anderem für eine Reform der Zuwanderungspolitik, den Schutz reproduktiver Rechte sowie den Ausbau der Gesundheitsversorgung und sauberer Energien ein (The New York Times 2025b).

Als Pragmatikerin konzentrierte sie ihren Wahlkampf konsequent auf Lösungen für die finanzielle Belastung der Bürger*innen. Bei Auftritten in ländlichen Regionen thematisierte sie die steigenden Gesundheits- und Energiekosten, warnte vor der Schließung lokaler Krankenhäuser infolge der bundesweiten Medicaid-Kürzungen der Trump-Administration und versprach, weitere negative Folgen bundespolitischer Maßnahmen auf Landesebene abzufedern. Sie mied ideologische Kulturkämpfe und betonte stattdessen die Notwendigkeit realistischer Lösungen. Einer ihrer politischen Leitsätze lautete: „Don't promise things you know you can't deliver.“ (PBS News 2025).

Zentral in Spanbergers Kampagne war ein umfassendes Entlastungsprogramm, um die Lebenshaltungskosten zu senken. Kernthemen waren dabei die radikal gestiegenen Strompreise sowie Kosten fürs Wohnen und für die medizinische Versorgung (NPR 2025). Sie versprach insbesondere, die Gesundheitsversorgung auf dem Land trotz möglicher Klinikschließungen zu sichern. Ebenso profilierte sie sich als Garantin für wirtschaftliche Stabilität: Sie kritisierte die Auswirkungen von Trumps Zollpolitik und den Stellenabbau im US-Bundesdienst, der Virginias Arbeitsmarkt und die über 150.000 dort lebenden Bundesbediensteten schwer belastete (POLITICO 2025b).

Um ihre breite Unterstützung durch städtische und ländliche Wähler*innen nicht zu gefährden, mied Spanberger gezielt die ideologischen Kulturkämpfe des demokratisch-sozialistischen Flügels ihrer nationalen Partei. Anstatt

* „Bezahlbares Virginia“

gesellschaftspolitische Konflikte vollständig auszublenden, konzentrierte sie sich bei identitätspolitischen Debatten präzise auf jene Bereiche, in denen sie eine breite gesellschaftliche Mehrheit hinter sich wusste. Ein Beispiel ist die Kritik an den radikalen Positionen ihrer Kontrahentin Winsome Earle-Sears, die behauptete, dass eine Entlassung homosexueller Arbeitnehmer*innen nicht diskriminierend sei. Obwohl die republikanische Kampagne massiv versuchte, Spanberger extrem linke Positionen in der politisierten Gender-Debatte zu unterstellen, legte die Demokratin ihre eigenen Überzeugungen sachlich dar und weigerte sich, tiefer in einen polarisierenden Diskurs einzusteigen. Stattdessen lenkte sie ihr Augenmerk konsequent auf für alle spürbar gestiegene Lebenshaltungskosten und die konkreten Implikationen von Donald Trumps nationalem Kurs bei der Wirtschaft, den Energiepreisen und dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Indem sie bewusst identitätspolitische Reizthemen entschärfte, entzog sie der republikanischen Kampagne, die sich thematisch stark darauf verengte, die entscheidende Angriffsfläche und blieb eine Option für Wechselwähler*innen.

Politische Wettbewerberin

Winsome Earle-Sears war die republikanische Hauptkonkurrentin von Abigail Spanberger und verkörperte den rechtskonservativen, kulturkämpferischen Flügel ihrer Partei. Die in Jamaika geborene Marineveterantin und aktuelle Vizegouverneurin schrieb Geschichte als erste Schwarze Frau in einem landesweiten Amt in Virginia und positionierte sich politisch klar sozialkonservativ. Sie lehnte die gleichgeschlechtliche Ehe ab, trat kompromisslos für Waffenrechte ein und inszenierte sich im Wahlkampf als Verteidigerin traditioneller Werte gegen den gesellschaftlichen Wandel. Trotz zeitweiser Distanzierung von Donald Trump positionierte sie sich im Wahljahr erneut als loyale Unterstützerin und wurde von ihm als „exzellente Kandidatin“ gelobt (The New York Times 2025b).

Im scharfen Gegensatz zu Spanbergers Fokus auf Lebenshaltungskosten setzte Earle-Sears konsequent auf Identitätspolitik. Ihre Strategie konzentrierte sich auf Angriffe gegen LGBTQI*-Rechte und als „woke“ betitelte Bildungspolitik. Earle-Sears befand sich zudem in einer strategischen Sackgasse: Da ihre eigene Partei in Washington die Regierungsverantwortung trug, fehlte ihr der Spielraum, die wirtschaftliche Lage und Pläne zum Stellenabbau bei den Bundesbehörden offen zu kritisieren. Während Spanberger die negativen Auswirkungen von Trumps Bundespolitik auf Virginia offensiv thematisieren konnte, blieb Earle-Sears faktisch nur die Flucht in identitätspolitische Konfliktthemen, um sich zu profilieren.

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Der Wahlkampf der Demokraten in Virginia war von einer doppelten Gegenbewegung geprägt. Auf Staatsebene richtete sich Abigail Spanbergers Kampagne klar gegen die regierenden Republikaner. Obwohl Winsome Earle-Sears als amtierende Vizegouverneurin nur über begrenzte Exekutivbefugnisse verfügte, wurde sie in der öffentlichen Wahrnehmung eng mit der Bilanz der Administration des republikanischen Amtsinhabers Glenn Youngkin verknüpft. Gleichzeitig prägte die US-Bundespolitik den Wahlkampf maßgeblich: Vor allem im bevölkerungsreichen Norden Virginias, im direkten Einzugsgebiet von Washington, D.C., waren zahlreiche private Haushalte von den massiven Stellenstreichungen und Behördenumbauten der Trump-Regierung betroffen (POLITICO 2025b). Diese unter dem Stichwort „Regierungseffizienz“ durchgeführten Maßnahmen verstärkten die wirtschaftliche Unsicherheit und den Unmut in der Region.

In diesem Umfeld gelang es Spanberger, die Kritik an der Washingtoner Bundespolitik mit einer Wechselstimmung auf Landesebene zu verbinden. Dabei verzichtete sie konsequent auf eine kulturkämpferische Zuspitzung und fokussierte ihren Wahlkampf stattdessen auf wirtschaftliche Stabilität, Arbeitsplatzsicherheit und die alltäglichen Lebenshaltungskosten.

Wahlergebnisse

Abigail Spanberger entschied die Gouverneurswahl in Virginia 2025 mit einem historischen Ergebnis für sich. Mit einem Vorsprung von über 15 Prozentpunkten erzielte sie den deutlichsten Sieg bei einer Gouverneurswahl in Virginia seit 2009. Die Medien sprachen von einem „Erdrutschsieg“; mit knapp zwei Millionen Stimmen erreichte Spanberger die höchste Stimmenzahl, die je ein*e Kandidat*in im Bundesstaat erhalten hat. Sie trat am 17. Januar 2026 als erste Frau das Gouverneursamt von Virginia an.

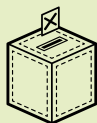
Den Nachwahlbefragungen von CNN (2025b) zufolge verdankte Spanberger ihren Erfolg vor allem einer effektiven Mobilisierung der demokratischen Kernwählerschaft, insbesondere unter Frauen sowie Schwarzen und lateinamerikanischen Wähler*innen. So gewann sie rund zwei Drittel der Latino-Wählerschaft und erhielt eine deutliche Mehrheit der weiblichen Stimmen. Auch afroamerikanische Wähler*innen stimmten relativ geschlossen für Spanberger. Währenddessen führte Earle-Sears vor allem bei klassischen republikanischen Wählerschichten, etwa Weißen ohne Hochschulabschluss, evangelikalen Christ*innen und weißen Männern.

Diese Resultate verdeutlichen, dass die Demokraten ihre Basis mit einem „*Cost-of-Living*“-Wahlkampf erfolgreich aktivieren konnten, während es den Republikanern nicht gelang, mit identitätspolitischen Parolen genügend potenzielle Anhänger*innen an die Wahlurnen zu bringen. Earle-Sears scheiterte daran, frühere Trump-Gelegenheitswähler*innen zu reaktivieren, was auch auf die steigende Unbeliebtheit Donald Trumps in Virginia zurückzuführen war. Verstärkt wurde dieser Mitte-links-Wahlerfolg durch strukturelle Faktoren: Virginia neigt bei Gouverneurswahlen traditionell dazu, die Partei zu bevorzugen, die nicht die Bundesregierung stellt. Dieser Trend kam 2025 den Demokraten zugute, während die republikanische Regierungsverantwortung auf Staatsebene kein Bonus war, sondern eher zusätzliche Wechselstimmung erzeugte.

Baden-Württemberg

Landtagswahl 8. März 2026

Wahlbeteiligung



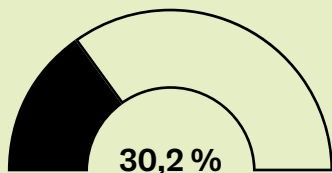
69,6 %



+5,8 Prozentpunkte
(zu 2021)

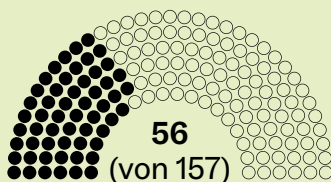
Wahlsieger: Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen

Stimmenanteil



↓ -2,4 Prozentpunkte

Parlamentssitze



↓ -2 Sitze

1.623.208 Zweitstimmen

↑ +36.964 Stimmen

Amtsinhaber: nein

Regierungspartei: ja

Personelle Erneuerung im Amt verbunden mit Bekanntheit, Beliebtheit und Erfahrung des Spitzenkandidaten: So gelingt es den Grünen, das Amt des Regierungschefs zu verteidigen. Ausschlaggebend für diesen Erfolg war eine stark personalisierte Kampagne und ein überparteilich-präsidentieller Politikstil.

Wahlsystem

Personalisiertes Verhältniswahlrecht mit Erst- und Zweitstimme. Die Zweitstimme ist maßgeblich für die proportionale Sitzverteilung.

Landtagswahl Baden-Württemberg 2026: *„Erfahrung war nie wichtiger als jetzt“*

Personen und Inhalte

Cem Özdemir trat bei der Landtagswahl 2026 als Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen bei einer für die Grünen ebenso ungewöhnlichen wie bedeutsamen Wahl an: Es galt, den bislang einzigen föderalen Regierungschef der Grünen nach 15 Jahren im Amt zu beerben. Ministerpräsident Winfried Kretschmann trat altersbedingt nicht mehr an.

Özdemir verfügte für die Aufgabe als Spitzenkandidat über beste Voraussetzungen: Vergleichbar bekannt und beliebt wie der Amtsinhaber, brachte er Parlaments-, Partei- und Regierungserfahrung mit (u. a. als Europa- und Bundestagsabgeordneter, als Spitzenkandidat auf Bundesebene, Bundesvorsitzender der Partei und als Bundesminister). Als Bundespolitiker, der zugleich als fest in der schwäbischen Heimat verwurzelt galt und diese Verbundenheit kommunikativ herausstellte, war er aber eines nicht: in der Landespolitik in verantwortlicher Rolle tätig. Dadurch konnte er politische Erfahrung mit glaubwürdiger Erneuerung verknüpfen und mit seinem biografischen Hintergrund, als Spitzenpolitiker und Sohn türkischer Einwanderer, eine starke Erzählung als Spitzenkandidat aufbauen: Er setzte auf einen parteiübergreifend-präsidentiellen und zugleich zugänglichen Stil, hatte Amtserfahrung ohne Amtsmüdigkeit sowie Anerkennung als Minister auch in einer wenig beliebten Bundesregierung und war als „anatolischer Schwabe“ auch Symbol für eine vielfältige Republik. Somit war er ein Kandidat, der geradezu idealtypisch für Mitte-Links und Erneuerung bei zeitgleicher Kontinuität stehen konnte und dieses Narrativ im Wahlkampf auch zu nutzen wusste.

Der Kandidat, nicht die Partei – diese Logik prägte die Kampagne, die sich als Wettbewerb um die Mitte darstellen und zwischen Grünen und CDU entscheiden sollte. Die Besonderheit: Es handelte sich um einen Wahlkampf, in dem von vorneherein höchst wahrscheinlich war, dass die seit zehn Jahren regierende Koalition von Grünen und Christdemokraten weiter gemeinsam regieren würde. Offen war dabei lediglich, welche von beiden Parteien stärker wäre und welcher Spitzenkandidat künftig als Ministerpräsident übernehmen würde. Damit war klar, dass es bei der Wahlentscheidung vorrangig um die Person gehen würde. Die Ausgangslage war dabei konträr: Die Grünen lagen in den Umfragewerten

als Partei klar hinter der CDU, der Spitzenkandidat Özdemir dagegen hinsichtlich Bekanntheit und Beliebtheit als potenzieller Ministerpräsident in der Gunst der Wählerschaft klar vor seinem Mitbewerber.

Die Entscheidung für eine maximal personalisierte Kampagne war empirisch hinterlegt: Der Kandidat war bekannt und anerkannt, dass er für die Grünen antrat ebenso, und die Personenwerte waren weit stärker als die Parteiwerte in den Umfragen. Es musste also darum gehen, die Personenzustimmung in Parteistimmen zu verwandeln. Die Kampagne stellte die Partei entsprechend konsequent optisch und inhaltlich in den Hintergrund (die tageszeitung 2026a) und erinnerte in der Anmutung eher an eine Amtsinhaberkampagne (Staatsanzeiger 2026). Im Zentrum standen seine Erfahrung und Bekanntheit, mit Claims wie „Erfahrung war nie wichtiger als jetzt“ oder „Der kann es“, mit Schlagworten wie Vertrauen und Stabilität oder schlicht einem von Angela Merkel entlehnten „Sie kennen mich“, wie Cem Özdemir in seinem persönlichen Vorwort zum Wahlprogramm die potenziellen Wähler*innen umwarb.

Harte Auseinandersetzungen waren im Wahlkampf kaum erkennbar, zumal Grüne und CDU als aktuelle und künftige Regierungspartner den Konflikt miteinander scheuten. Thematisch standen im Industrieland Baden-Württemberg die Zukunft der Autoindustrie und die wirtschaftliche Lage im Vordergrund. Dabei präsentierte sich Özdemir als pragmatischer, für die Mitte wählbarer Ministerpräsidentenkandidat: Er sprach sich etwa, abweichend von der Parteilinie, für mehr Flexibilität beim Verbrenner-Verbot aus (Tagesschau/SWR 2026b) und grenzte sich scharf von der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament ab, als diese das Mercosur-Freihandelsabkommen blockierte (SWR Aktuell 2026).

Der Politikstil Cem Özdemirs ist dem seines Amtsvorgängers, Winfried Kretschmann, und dem seines Nachfolgers im Amt des Parteivorsitzenden und späteren Ministerkollegen, Robert Habeck, ähnlich: ein überparteilicher Stil, der die gesamtgesellschaftliche Verantwortung ebenso offensiv betont wie die Verbindung von Verlässlichkeit und Veränderung (die tageszeitung 2026b). Dabei gelang ihm der Spagat, sich von der Bundespartei abzugrenzen und sich bis zur Schmerzgrenze für Teile der Partei der Mitte der Gesellschaft als Ministerpräsident anzubieten (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2026), zugleich aber die Partei in ihrer inhaltlichen Breite einzuhegen und auf den gemeinsamen Wahlerfolg zu verpflichten. Sichtbar wurde dies etwa durch Wahlkampfauftritte der weiterhin sehr prägenden vormaligen Parteivorsitzenden Ricarda Lang und die gemeinsamen Auftritte mit (und seiner Trauung durch) Boris Palmer, dem in der grünen Wählerschaft umstrittenen Oberbürgermeister Tübingens.

Politischer Wettbewerber

Manuel Hagel ist ebenfalls im Schwäbischen beheimatet und stellt als Spitzenkandidat ebenfalls seine Verankerung im Land heraus (Tagesschau/SWR 2026a). Damit enden aber die Gemeinsamkeiten, die Unterschiede überwiegen: Zwar ist der deutlich jüngere Hagel (Jahrgang 1988 vs. 1965) ebenfalls politisch erfahren, unter anderem als jüngster Fraktionsvorsitzender und jüngster Parteivorsitzender der CDU Baden-Württembergs. Aber ein Regierungsamt hatte er zuvor nicht inne, und damit verbunden fehlte ihm ein wesentliches Merkmal für die Wahl: Bekanntheit (Staatsanzeiger 2025). Daher setzte die in den Umfragen lange Zeit führende CDU zunächst stärker auf die Partei als den Kandidaten selbst: Sie formulierte „wir“ statt „ich“ und betrieb starkes Partei-Branding. Dahinter stand die Annahme, dass die Grünen und deren Spitzenkandidat Özdemir nicht mehr der Hauptwettbewerber der Wahl sein würden, der Umfragerückstand nicht mehr aufzuholen wäre. Vielmehr wurde analog zur bundespolitischen Lage die rechtsextreme AfD als größte Konkurrenz identifiziert. Beim CDU-Landesparteitag im Dezember 2025 fragte Hagel: „Wir oder die?“ Später gelang es dann nicht mehr, in ausreichendem Maße umzusteuern auf ein Duell Hagel vs. Özdemir. Dies wäre ebenso notwendig wie möglich gewesen. Als langjähriger Landespolitiker hätte Hagel diese Rolle betonen, als Fraktions- und Parteivorsitzender die Abgrenzung zur Regierung herausstellen können und so seinen elektoralen Nachteil – geringeres Alter und fehlendes Regierungsamt – zu einem Vorteil im Duell um die Spitzenrolle umdeuten können, durch die Verbindung von Erfahrung, Erneuerung und Eigenständigkeit.

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Landtagswahlen in Deutschland sind einerseits klare Personenwahlen, in denen über den Landesvater oder die Landesmutter abgestimmt wird. Sie sind aber zugleich in bundespolitische Trends und Stimmungen eingebettet. Im hier untersuchten Fall sind zwei Aspekte herauszustellen: Die Wähler*innen in Baden-Württemberg konnten bei der Wahl zwischen Mitte-Links (Özdemir) und Mitte (Hagel) auf eine zehnjährige Koalition von Grünen und CDU zurückblicken, wobei weder einer Wechselstimmung messbar war noch eine realistische Koalitionsoption zur Wahl stand: Die AfD als Partei weit rechts der Mitte verfügte über keinen potenziellen Koalitionspartner. Die SPD, FDP oder Linke waren allenfalls als mögliche Juniorkoalitionspartner der CDU oder Grünen relevant. Gleichzeitig war die Mehrheit der Bevölkerung mit der bisherigen Grünen-CDU-Regierung im Land zufrieden (Infratest dimap 2026), mit der CDU-geführten Bundesregierung hingegen unzufrieden. Dazu kamen strategische und kommunikative Fehler der CDU, die letztlich den Wahlsieg kosteten (Bukow 2026).

Je näher die Wahl rückte, desto wichtiger wurde die Stimmung mit Blick auf die Frage nach der Person des künftigen Ministerpräsidenten. In diesem Wettbewerb konnte Özdemir als neuer Spitzenkandidat punkten. Er verband das Angebot personeller Erneuerung mit dem Bild des erfahrenen, regierungskompetenten Politikers und inszenierte sich als De-facto-Amtsinhaber, obwohl er das Amt erst noch anstrebte. Mit einer fehlerarmen, die Partei klar einhegenden Kampagne führte er die seit 15 Jahren regierenden Grünen erneut zum Erfolg. Die strategische Leistung der Partei ist darin zu sehen, sich für einen Kandidaten zu entscheiden, der Bekanntheit, Zustimmung und Überparteilichkeit als Markenkern mitbrachte, und dann diesen Kurs konsequent und geschlossen mitzutragen: Ein sich überparteilich, aber nicht beliebig präsentierender Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten im Zentrum der Kampagne – mit der Besonderheit, dass er die Wahl trotz und zugleich mit seiner Partei für sich entscheiden konnte. Dahinter steht eine parteiliche Entscheidung, die nicht zu unterschätzen ist: Nicht die Partei, sondern die Person und vor allem einen präsidentiellen Politikstil für Mitte-Links in den Vordergrund zu stellen, ist keineswegs selbstverständlich und Kernelement dieses Wahlsiegs.

Wahlergebnisse

Die Landtagswahl bringt vordergründig wenig Veränderung für die Regierungsbildung und stellt doch einen klaren Einschnitt dar. Die Grünen schafften einen Amtsinhaberwechsel und übertrugen den Regierungsbonus auf den neuen, schon vor der Wahl sehr bekannten Spitzenkandidaten. Trotz der deutlich höheren Wahlbeteiligung – von der in Deutschland zuletzt die Randparteien profitierten – blieben sie stärkste Kraft. Auch hier kann die hohe Beteiligung mit dem knappen Rennen um das Spitzenamt begründet werden, was zusätzlich mobilisierte.

Bedingt durch ein verändertes Wahlrecht ist der direkte Vergleich der absoluten Stimmen nur eingeschränkt möglich, aber klar ist: Bei einem absoluten Zugewinn an Stimmen hat sich der relative Abstand der Mitte-links-Partei Grüne zur Mitte-Partei CDU deutlich verringert. Dies verschiebt die Machtverhältnisse, im Parlament herrscht nunmehr Mandatsgleichheit, auch wenn die Wahl von Özdemir gewonnen wurde. Gesamtparlamentarisch hat sich die Lage für Mitte-links im Kern verschlechtert, da die SPD als letzte verbleibende demokratische Oppositionspartei mit einem Stimmanteil von bloß 5,5 Prozent marginalisiert und mit der AfD eine Partei weit rechts der Mitte parlamentarisch gestärkt wurde.

Zudem ist festzustellen, dass die Grünen in vielen Bevölkerungsgruppen an Unterstützung verloren. Dies gilt insbesondere für formal niedrig Gebildete und wirtschaftlich Unzufriedene, wo die Partei deutlich unter ihrem Landesschnitt

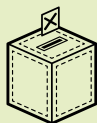
blieb. Dazu kommt, auch bedingt durch das neue Wahlrecht, ein Verlust vieler Direktwahlkreise zugunsten der neu eingeführten Landesliste. So haben die Grünen im Ergebnis mit einer regionalen und sozialstrukturellen Verengung ihrer Wählerschaft zu kämpfen (Bukow 2026).

Dennoch ist die Wahl, vor allem die Wahlkampfstrategie, ein Erfolg für die Grünen als Führungspartei Mitte-links. Was im Jahr vor der Wahl mit Blick auf die Umfragewerte kaum zu erwarten war, ist gelungen: als stärkste Kraft im Parlament die Regierungsführung trotz und gerade wegen der personellen Erneuerung zu erhalten. Ausschlaggebend war dabei die Entscheidung für einen Kandidaten, der in punkto Bekanntheit, Beliebtheit und Anschlussfähigkeit weit über die Grenzen der Partei in die Mitte der Gesellschaft Strahlkraft entfalten konnte. Und eine Kampagne, die die Partei einbezogen, aber kaum sichtbar gemacht hat. Im Fokus stand, auch dies eine strategische Entscheidung, der Spitzenkandidat, nicht die Partei.

New York City

Bürgermeisterwahl 4. November 2025

Wahlbeteiligung



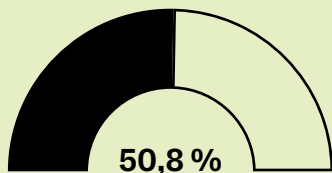
45,1 %



+21,7 Prozentpunkte
(zu 2021)

Wahlsieger: Zohran Mamdani, Democratic Party

Stimmenanteil



↓ -16,2 Prozentpunkte

Bürgermeister



1.114.184 Stimmen

↑ +360.383 Stimmen (gegenüber Eric Adams 2021, Demokraten)

Amtsinhaber: nein

Regierungspartei: ja

Mamdani trat als gewählter Abgeordneter und zugleich klarer Anti-Establishment-Kandidat nach erfolgreichen Vorwahlen als Bürgermeisterkandidat der Demokraten an. Seine Hauptkonkurrenten waren ebenfalls Demokraten. Die Kampagne setzte einerseits auf klare Anti-Establishment-Botschaften, andererseits auf konkrete Forderungen in den Bereichen Lebenshaltungs- und Mobilitätskosten sowie kostenlose Kinderbetreuung.

Wahlssystem

Stadtweite Direktwahl; gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Bürgermeisterwahl New York City 2025: *„Make New York Safe and Affordable for All“**

Personen und Inhalte

Zohran Mamdani vertrat als Abgeordneter den 36. Wahlbezirk in Queens in der New York State Assembly, dem Landesparlament des Bundesstaates New York. Bei der Bürgermeisterwahl in New York City am 4. November 2025 gewann Mamdani mit 50,8 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. So setzte er sich gegen den ehemaligen demokratischen Gouverneur Andrew Cuomo, einen bei der Wahl unabhängig antretenden Vertreter des demokratisch dominierten New Yorker Politik-Establishments, sowie den republikanischen Außenseiter Curtis Sliwa durch. Mit seiner Vereidigung am 1. Januar 2026 wurde Mamdani zum ersten muslimischen Bürgermeister New Yorks und mit 34 Jahren zum jüngsten Stadtoberhaupt seit über hundert Jahren.

Mamdani profilierte sich konsequent über Debatten zur Bezahlbarkeit (*Affordability*) des Lebens in New York City und verknüpfte dies mit Botschaften zu gesellschaftlicher Gerechtigkeit (The Guardian 2025f). Ein entscheidender Erfolgsfaktor war die Konzentration auf konkrete, umsetzbare Politikvorhaben. Auch wenn seine Vorschläge die strukturellen Probleme New Yorks nicht im Alleingang lösen können, liegen sie doch zum Großteil im Exekutivbereich des Bürgermeisters. Den Kern seiner Kampagne bildeten drei Säulen: Beim Thema Wohnen forderte Mamdani einen Mietendeckel für über eine Million preisgebundene Wohnungen, flankiert von einem ambitionierten Programm zum Bau von 200.000 neuen, bezahlbaren Wohneinheiten. In Sachen Mobilität machte er den kostenlosen städtischen Busverkehr zu einem zentralen Symbol seiner Politik, um alltägliche Mobilitätskosten zu senken und soziale Teilhabe unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen. Der dritte Pfeiler war die Erweiterung des populären Vorschulprogramms *„Pre-K-for-All“* des früheren Bürgermeisters Bill de Blasio. Mamdani forderte kostenlose Betreuung für alle Kinder von sechs Wochen bis fünf Jahren – ein einkommensunabhängiges

* „Ein sicheres und bezahlbares New York für alle“

Universalprogramm, das insbesondere einkommensschwächere Familien entlasten soll (CNN 2025a).

Eine Besonderheit der Kampagne war, dass die Finanzierung der Mehrkosten transparent kommuniziert wurde. Diese soll primär durch Steuererhöhungen für große Unternehmen und Spitzenverdiener*innen in der Stadt erfolgen. Weitere Pläne sahen vor, den städtischen Mindestlohn bis 2030 schrittweise auf 30 Dollar pro Stunde anzuheben. Zudem kündigte Mamdani ein Pilotprojekt für stadtbetriebene Lebensmittelläden in jedem Stadtbezirk New Yorks an, um die stark gestiegenen Lebensmittelpreise abzufedern (CNN 2025a).

Obwohl Mamdani eindeutig dem linken Flügel der Demokratischen Partei angehört, verzichtete er im Wahlkampf bewusst darauf, sich primär über kulturelle Identitätsthemen von seinen Mitbewerbern abzugrenzen. Seinen muslimischen Glauben betonte er offen als Teil seiner Person, ohne ihn zu einem zentralen politischen Mobilisierungsthema zu machen. Gleichzeitig suchte er gezielt den Austausch mit jüdischen, christlichen, muslimischen und anderen religiösen Gemeinschaften und betonte die religiöse und kulturelle Vielfalt als wesentlichen Bestandteil der New Yorker Identität.

Gerade in der direkten Konkurrenz zum zentristischen Establishment-Kandidaten Andrew Cuomo ließ sich Mamdani nicht in klassische Kulturkämpfe oder abstrakte ideologische Debatten verwickeln. Dies zeigte sich ganz konkret inhaltlich: Mamdani verzichtete komplett auf aktivistische Slogans wie *„Defund the Police“*, die oft mit dem linken Parteiflügel assoziiert werden, und sprach stattdessen davon, die öffentliche Sicherheit durch zusätzliche Mittel und Entlastung der Polizei zu erhöhen. Ebenso ließ er sich nicht auf Cuomos ständige Manöver ein, ihn in außenpolitische Debatten um den Nahostkonflikt zu verwickeln oder ihm radikale Positionen der propalästinensischen Protestbewegung anzuhängen. Anstatt den Wahlkampf zu einem Referendum über linke Identitätspolitik werden zu lassen, klammerte Mamdani diese Diskurse eher aus. Durch diese strikte thematische Disziplin hinderte er seine Wettbewerber an dem Versuch, ihn als radikalen Ideologen zu brandmarken, und lenkte die Debatte auf seine handfesten Vorhaben für günstigere Lebenshaltungskosten in New York City.

Politische Wettbewerber

In den innerparteilichen Vorwahlen der Demokraten trat Mamdani als klarer Außenseiter gegen den Favoriten aus dem Parteiestablishment, den ehemaligen Gouverneur Andrew Cuomo, an. Er präsentierte sich dort als glaubwürdige Alternative zu einer diskreditierten politischen Elite, und seine Kampagne stand exemplarisch für einen neuen, bewegungsorientierten Politikstil in linken US-Großstädten.

Der Amtsinhaber Eric Adams ging als unabhängiger Kandidat ebenfalls mit massivem politischem Ballast in das Wahljahr. Nach einer Anklage auf Bundesebene im September 2024 wegen Korruptionsvorwürfen blieb der Eindruck einer skandalgeprägten Amtszeit bestehen, auch wenn das Justizministerium unter der Trump-Regierung die Anklage später fallen ließ. Seine Popularität innerhalb der eigenen demokratischen Partei war dadurch schwer beschädigt. Adams zog sich schließlich im September 2025 ganz aus dem Wahlkampf zurück. Aufgrund seines späten Rückzugs stand sein Name dennoch auf den Wahlzetteln.

In der entscheidenden Phase der Wahl wurde der Ex-Gouverneur Andrew Cuomo, der dem demokratischen Establishment New Yorks angehört, zu Mamdanis Hauptwettbewerber. Nachdem Cuomo die demokratische Vorwahl überraschend deutlich gegen Mamdani verloren hatte, ging er als unabhängiger Kandidat ins Rennen. Cuomo positionierte sich explizit in der Mitte des politischen Spektrums. Sein Fokus lag auf der Kriminalitätsbekämpfung und der öffentlichen Ordnung (*law and order*). Zudem machte Cuomo den Kampf gegen Antisemitismus und die Unterstützung der jüdischen Bevölkerung zu zentralen Wahlkampfthemen und kritisierte Mamdanis Haltung zum Nahostkonflikt scharf. Cuomos Strategie bestand auch darin, Mamdanis sozialistische Agenda als zu radikal und wirtschaftlich riskant für das krisengebeutelte New York City darzustellen.

Flankiert wurde dieses Duell durch den republikanischen Kandidaten Curtis Sliwa. Aufgrund der demokratischen Mehrheitsverhältnisse in New York City hatte Sliwa jedoch keine realen Siegchancen. Kräfte aus dem Cuomo-Lager warfen ihm vor, mit seiner Kandidatur lediglich wichtige konservative Stimmen zu binden, die letztlich Cuomo für einen Sieg gegen Mamdani fehlen würden.

Ein zentrales Merkmal von Mamdanis Strategie war sein konsequenter Wahlkampf gegen das politische Establishment. Er kritisierte seine etablierten demokratischen Konkurrenten Adams und Cuomo rhetorisch ähnlich scharf wie Donald Trump und brandmarkte sie als typisch für Korruption, Skandale während der Pandemie und politische Veruntreuung. Das erlaubte es ihm, sich als moralisch integre Erneuerungskraft zu positionieren, die einen echten Bruch mit der aus Sicht der Wählerschaft diskreditierten politischen Klasse, auch innerhalb seiner eigenen Partei, herbeiführen wollte.

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Das politische Klima in New York City war im Jahr 2025, ähnlich wie bei den Gouverneurswahlen in Virginia, massiv von der Bundespolitik beeinflusst. In der liberalen Metropole New York äußerten sich die Konflikte mit der Trump-Regierung dabei zunächst auf einer stark ideologischen Ebene. Unter dem Vorwand, Antisemitismus bekämpfen zu wollen, agierte die Bundesregierung mit großer Härte gegen akademische Institutionen, die als Symbole einer

vermeintlich „woken“ Elite hingestellt wurden. Dies traf insbesondere die prestigeträchtige Columbia-Universität, die nach vorangegangenen Besetzungen durch propalästinensische Studierende zum zentralen Zielobjekt politischer Repression wurde. Die Trump-Administration nutzte hierbei Instrumente wie das Einfrieren oder Kürzen von Fördermitteln sowie massiven politischen Druck, um die Hochschule(n) als Sinnbild einer moralisch korruptierten Bildungselite darzustellen, was in der akademisch geprägten Stadtbevölkerung tiefe Abwehrreflexe und eine starke Mobilisierung gegen Washington auslöste.

Neben den Konflikten an den Universitäten wurde die Einwanderungspolitik der Trump-Regierung zum zweiten großen Konflikt. In New York City empfand man diese als Angriff auf die Identität der Stadt als „*Sanctuary City*“, also Stadt, die nicht aktiv mit den Migrationsbehörden des Bundes kooperiert und so mehr Sicherheit für unregistrierte Zuwander*innen bietet. Die Bundesadministration forcierte eine massive Abschiebeoffensive durch die Behörde ICE und setzte dabei auf breit angelegte Operationen gegen die migrantische Bevölkerung im städtischen Alltag, die oft ohne Vorankündigung oder klare Kennzeichnung der in Zivil operierenden ICE-Agent*innen stattfanden. Diese Mobilisierung von Bundesbehörden für eine aggressive Abschiebungspolitik wurde von einer Mehrheit der Bürger*innen als autoritärer Übergriff auf zivile Rechte und lokale demokratische Institutionen empfunden. In der öffentlichen Wahrnehmung New Yorks verfestigte sich dadurch das Bild einer Stadt unter Belagerung, in der auf Anweisung der Regierung Trump die kulturelle Vielfalt und die institutionelle Unabhängigkeit der Metropole gezielt untergraben werden sollten.

Trotz der medialen Präsenz dieser ideologischen Konflikte waren es jedoch die explodierenden Lebenshaltungskosten und strukturelle ökonomische Ungleichheit, die den Alltag der meisten New Yorker*innen am stärksten prägten. Weite Teile der Bevölkerung litten nach den Pandemie Jahren unter einer massiven Inflation der Miet- und Lebensmittelpreise, was die Reallöhne schrumpfen ließ. Erschwerend kam hinzu, dass unpopuläre Maßnahmen auf Ebene des demokratisch regierten Bundesstaates, etwa die Einführung der City-Maut (*Congestion Pricing*), für viele Pendler*innen mit mittlerem Einkommen eine zusätzliche Belastung darstellten. Dieses Klima der ökonomischen Frustration bot einen entscheidenden Nährboden für Mamdanis Erfolg. Er konnte aufzeigen, dass der Widerstand gegen Trump zwar notwendig war, die eigentliche Herausforderung für die Stadt jedoch in der Bewältigung einer tiefgreifenden sozialen Krise lag, die von der etablierten Politik beider Parteien nicht ausreichend angegangen wurde.

Wahlergebnisse

Das Wahlergebnis am 4. November 2025 markierte eine historische Zäsur für New York City. Mamdani gewann die Bürgermeisterwahl mit 50,8 Prozent der Stimmen und setzte sich damit deutlich gegen seine Herausforderer durch. Der ehemalige Gouverneur Cuomo erreichte als unabhängiger Kandidat 41 Prozent, während der Republikaner Sliwa mit etwa 7 Prozent weit abgeschlagen blieb. Ein zentraler Faktor für diesen Erfolg war die für New Yorker Verhältnisse außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von über 45 Prozent. Dies entspricht einem extremen Anstieg von 21,7 Prozentpunkten im Vergleich zur Bürgermeisterwahl des Jahres 2021, was auf eine massive politische Mobilisierung der Stadtbevölkerung hindeutet.

Die Wahldynamik wurde maßgeblich von einer beispiellosen Mobilisierung jüngerer Wählergruppen getragen. Nachwahlbefragungen belegen, dass Mamdani in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen Zustimmungsraten von über 77 Prozent erzielte. Der Anteil junger Wähler*innen an der Gesamtwählerschaft lag mit geschätzten 28 Prozent außergewöhnlich hoch. Damit gelang es Mamdani, eine ungewöhnlich breite Alterskohorte von 18 bis 65 Jahren hinter sich zu vereinen und Generationenkonflikte innerhalb der Mitte-links-Wählermilieus zu überbrücken (The New York Times 2025c).

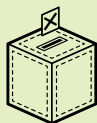
Räumlich und sozial betrachtet versammelte Mamdani eine Wählerschaft, die nahezu alle Teile der Stadt umfasste. Er gewann in vier der fünf Stadtbezirke New Yorks. Lediglich das konservative, vorstädtisch geprägte Staten Island ging an Cuomo. Besonders bemerkenswert war Mamdanis Fähigkeit, soziale und kulturelle Gräben zu schließen: Er erhielt Zuspruch von der älteren, politisch moderat eingestellten Schwarzen Wählerschaft New Yorks ebenso wie von jungen, weißen linken Wähler*innen. Zudem gewann er Mehrheiten in fast jeder Einkommensgruppe, mit Ausnahme einiger wohlhabender Enklaven, wie in der Upper East Side Manhattans (The New York Times 2025c).

Strategisch basierte dieser Erfolg auf einer intensiven Basisarbeit, also einer groß angelegten, von vielen Freiwilligen getragenen Kampagne mit systematischem Haustürwahlkampf, lokalen Gesprächsformaten in den Stadtteilen und einer dauerhaften Präsenz von Kampagnenteams in den Vierteln. Ergänzt wurde dies durch eine moderne Kampagne in den sozialen Medien, die gezielt multikulturelle und arbeitende Schichten ansprach. Mamdani positionierte sich erfolgreich als glaubwürdige Alternative zu einer diskreditierten politischen Elite aus Demokraten und Republikanern (The Guardian 2025c). Während Andrew Cuomo vor der Radikalität und mangelnden Erfahrung Mamdanis warnte, blieb der bei seinen nüchternen und gut kommunizierbaren Kernbotschaften zur Bezahlbarkeit (*affordability*). Letztlich wurde die Wahl zu einem Urteil darüber, ob das etablierte Parteiestablishment noch in der Lage sei, die drängenden sozialen Probleme New Yorks zu lösen, wobei Mamdani mit seinem neuen, bewegungsorientierten Politikstil als klarer Sieger hervorging.

Kopenhagen

Kommunalwahl 18. November 2025

Wahlbeteiligung



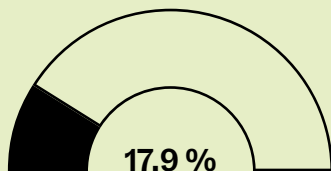
65,5 %



+5,6 Prozentpunkte
(zu 2021)

Wahlsiegerin: Sisse Marie Welling, Socialistik Folkeparti

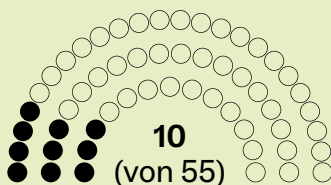
Stimmenanteil



17,9 %

⬆ +6,9 Prozentpunkte

Parlamentssitze



10
(von 55)

⬆ +4 Sitze

62.453 Stimmen

⬆ +28.629 Stimmen

Amtsinhaberin: nein

Regierungspartei: ja

Welling beendet die Vorherrschaft der Sozialdemokraten mit einem breiten Bündnis und organisiert trotz fehlender Spitzenposition eine Mitte-links-Allianz. In der Kampagne setzte sie auf Veränderung, Verwaltungserfahrung sowie Bezahlbarkeit, Infrastruktur und Ökologie.

Wahlsystem

Verhältniswahl zum Kopenhagener Stadtrat. Das Amt der Oberbürgermeister*in wird anschließend durch politische Konstituierung vergeben.

Kommunalwahl Kopenhagen 2025: *„Det er tid til forandring“**

Personen und Inhalte

Sisse Marie Welling von der Socialistisk Folkeparti (SF) avancierte 2025 zur zentralen Figur eines historischen Epochenwechsels in Kopenhagen. Erstmals seit 1938 gelang es ihr, die Vorherrschaft der Sozialdemokraten (SD) in der dänischen Hauptstadt zu beenden und eine neue, links-grüne Mehrheit im Rathaus zu organisieren. Welling, die bereits seit 2018 als Stadträtin für Gesundheit und Pflege weitreichende Exekutiverfahrung gesammelt hatte, verkörperte dabei eine seltene Kombination aus Kompetenz und dem Wunsch nach einer radikalen inhaltlichen Erneuerung.

Der Erfolg der SF gründete maßgeblich auf ihrer Rolle als pragmatische Brückenbauerin innerhalb des linken Lagers. Während die demokratisch-sozialistische Enhedslisten zwar die meisten Stimmen erhielt, jedoch keine breite Mehrheit formen konnte, konsolidierte Welling ein Bündnis, das die etablierten Sozialdemokraten bewusst isolierte. Welling nutzte das wachsende Vakuum, das die Sozialdemokraten durch bloße Verwaltung des Status quo hinterlassen hatten. Sie positionierte die SF als moderne Kraft für Lebensqualität, die den sozialen Zusammenhalt schützt und ökologische Prinzipien gegen die Logik städtischer Großprojekte verteidigt.

Inhaltlich setzte Welling im ohnehin sehr linken Kopenhagen auf eine urbane Agenda der Bezahlbarkeit und sozialen Gerechtigkeit. Ein zentraler Pfeiler ihrer Politik war der Kampf gegen die Wohnkostenkrise durch striktere Mietpreisbegrenzungen und den Stopp der fortschreitenden Gentrifizierung, damit sich junge Familien und Menschen mit geringem Einkommen ein Leben in Kopenhagen leisten können. Flankiert wurde dies durch Investitionen in die soziale Basisinfrastruktur. Beispielsweise wurden die Größen von Schulklassen reduziert, und es gab eine Reform der Altenpflege, die den Menschen wieder vor die ökonomischen Effizienzkennzahlen stellt.

Den markantesten Kontrast zur alten Stadtführung bildete ihre Vision einer „grünen Metropole für Menschen“. Welling profilierte sich als entschiedene Kritikerin ökologisch umstrittener Megaprojekte wie der künstlichen Halbinsel „Lynetteholm“ und forderte stattdessen eine konsequentere Verkehrspolitik,

* „Es ist Zeit für Veränderung“

die dem Rad- und öffentlichen Nahverkehr Priorität einräumt. In Abgrenzung zum harten Kurs der nationalen Regierung betonte sie zudem ein Narrativ der Inklusivität und Weltoffenheit, das Kopenhagen als linksgerichteten Gegenpol zur nationalen Migrationspolitik der Sozialdemokraten positionierte (The Guardian 2025d).

Im ohnehin stark links-progressiven politischen Klima Kopenhagens grenzte sich die SF nicht nur von der moderateren Sozialdemokratie ab, sondern auch von radikal linken Kräften. Um ihr Bündnis im Mitte-links-Lager möglichst breit schmieden zu können, klammerte Welling potenziell spaltende Diskurse und extremere Positionen bewusst aus. So distanzierte sie sich in der Umweltpolitik trotz ambitionierter Ziele von radikalem Aktivismus, beispielsweise indem sie sich von konfrontativen Protestformen abgrenzte. Zudem ließ sich Welling kaum auf abstrakte Kapitalismus- und Systemkritik ein. Während die demokratisch-sozialistische Enhedslisten auch mit antikapitalistischer Rhetorik auftrat, verzichtete Welling auf derart polarisierende linke Maximalforderungen. Indem sie ideologische Festlegungen bewusst vermied, verwehrte sie ihren Wettbewerbern die Angriffsfläche und etablierte die SF erfolgreich als koalitionsfähige Kraft links der Mitte.

Politische Wettbewerber

Die aussichtsreichste Gegenkandidatin des links-grünen Bündnisses war die Sozialdemokratin Pernille Rosenkrantz-Theil. Ihre Nominierung wurde in der Öffentlichkeit stark mit der nationalen Regierungsebene verbunden. Als persönliche Freundin von Premierministerin Mette Frederiksen von den Sozialdemokraten galt sie als handverlesen für das Amt in Kopenhagen. Diese enge Bindung führte dazu, dass die Kommunalwahl in der öffentlichen Deutung über ein lokales Rennen hinausging und als Votum über die politische Linie von Premierministerin Frederiksen wahrgenommen wurde. Der Verlust des Amtes im Jahr 2025 markierte dabei einen historischen Einschnitt: Seit 1938 hatten ununterbrochen sozialdemokratische Oberbürgermeister*innen die dänische Hauptstadt regiert (Bloomberg 2025).

Vor allem inhaltliche Entfremdungsprozesse spielten eine entscheidende Rolle für das schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten. Aus dem links-grünen Spektrum wurde kritisiert, dass die Sozialdemokratie in zentralen Themenfeldern wie der Migrationspolitik, der Sozialpolitik und dem Umweltschutz deutlich nach rechts gerückt sei.

Zusätzlich belastet wurde die sozialdemokratische Kampagne durch frühere Skandale und darauf gründendes Misstrauen. Das politische Klima in der Hauptstadt war noch immer vom Rücktritt des langjährigen SD-Oberbürgermeisters Frank Jensen im Jahr 2020 geprägt, der infolge von Vorwürfen sexueller Belästigung sein Amt niederlegen musste.

Gesellschaftliches Klima und Kontext

Der Kopenhagener Wahlkampf 2025 war maßgeblich von der Frage der ökonomischen Sicherheit und der Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates geprägt. Laut Reuters zogen insbesondere die rasant steigenden Wohnkosten sowie Sorgen über die Qualität der Altenpflege und ein wahrnehmbarer Qualitätsverlust öffentlicher Dienstleistungen die urbanen Wähler*innen verstärkt nach links (Reuters 2025b). Dass das Thema Wohnen das alles überragende Leitthema war, verdeutlichte die kurz vor der Wahl initiierte „Housing Alliance“: Der Zusammenschluss von 17 dänischen Bürgermeister*innen mit Gewerkschaften und Mieterverbänden forderte mehr subventionierten sozialen Wohnungsbau und neue regulatorische Instrumente gegen überhöhte Mieten.

Zusätzlich zur lokalen Lage wurde die Wahl durch einen massiven nationalen Backlash gegen die regierenden Sozialdemokraten belastet. Die Unzufriedenheit speiste sich aus dem Kurs der zentristischen Regierungskoalition seit 2022 und höchst unpopulären Entscheidungen. So wurde ein gesetzlicher Feiertag abgeschafft, um Verteidigungsausgaben zu finanzieren. In Kopenhagen führte zudem die harte Linie von Premierministerin Frederiksen in der Integrations- und Migrationspolitik zu zusätzlichen Verwerfungen. Vom progressiven Spektrum wurde der Partei vorgeworfen, ihre eigenen ökologischen und sozialen Standards aufzuweichen. Dieser Kurswechsel hat insbesondere die urbanen und linken Wählerschichten in Kopenhagen zu anderen Parteien wandern lassen.

Inhaltlich bot Sisse Marie Welling von der SF mit ihrer Kampagne ein selbstbewusstes Gegennarrativ zur sozialdemokratischen Kandidatin Pernille Rosenkrantz-Theil. Während die Sozialdemokraten als Vertreter*innen des Kopenhagener Polit-Establishments und Abgesandte der unpopulären nationalen Regierung wahrgenommen wurden, positionierte Welling die SF als urbane Reformkraft mit Schwerpunkten auf Wohnraum, Integration, Familienpolitik und sozial-ökologischer Entwicklung. Ein zentrales Versprechen lautete, die Stadt müsse die „Macht über ihre eigene Zukunft zurückgewinnen“, verbunden mit dem Ruf nach stärkeren öffentlichen Interventionen. Schon vor dem Wahltag zeichnete sich durch das allgemeine Stimmungsbild ab, dass der progressive Block aus SF, Enhedslisten und der grünen Alternativet rechnerisch und programmatisch bereit war, eine Mehrheit jenseits der Sozialdemokraten zu bilden.

Wahlergebnisse

Der Wahlsieg von Sisse Marie Welling ist eine Zäsur in der dänischen Politik: Erstmals seit 1938 stellen die Sozialdemokraten (SD) keinen Oberbürgermeister mehr in der Hauptstadt. Obwohl die demokratisch-sozialistische Enhedslisten mit 22,1 Prozent als stärkste Einzelkraft hervorging, positionierte sich die SF mit 17,9 Prozent im Zentrum der neuen Koalition. Durch eine Allianzbildung gelang

es Welling, die Führungsposition als zweitstärkste Kraft zu besetzen und eine Koalition zu formen, die die Sozialdemokraten bewusst isolierte.

Der Einbruch der Sozialdemokraten von 17,2 Prozent auf 12,7 Prozent wird als klarer Protest gegen den nationalen Kurs von Premierministerin Mette Frederiksen gewertet. Analyst*innen erklärten, dass die harte Integrations- und Migrationspolitik der nationalen Regierung abgestraft wurde. Die Wahl wurde somit auch als persönliche Niederlage für Frederiksen interpretiert, deren Strategie der Rechtsverschiebung zwar im Land erfolgreich war, in der links geprägten Hauptstadt aber zu massiven Verlusten führte.

Analytisch betrachtet beruhte der Erfolg der SF vor allem auf einer Umschichtung innerhalb des linken politischen Lagers. Wählerwanderungen fanden primär von den etablierten Sozialdemokraten hin zu den progressiveren Parteien SF, Enhedslisten und der grünen Partei Alternativet statt. Entscheidend waren hierbei ökonomische Alltagsthemen, wie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch staatliche Investitionen und Regulierung, verbunden mit einer klaren Abgrenzung zum technokratischen Stil der amtierenden Stadtführung und der migrationskritischen Agenda der nationalen Regierung.

4 Wie Wahlen gewonnen werden: Eine Bilanz

Die Analyse der hier betrachteten Wahlerfolge hat ausschließlich die Frage in den Blick genommen, wie Wahlen gewonnen werden. Kein Gegenstand der Untersuchung ist, ob daraus stabiles Regierungshandeln oder erfolgreiche Mitte-links-Politiken entstehen konnten. Der Fokus auf die Kampagnen und die Wahlerfolge ist jedoch plausibel: In Demokratien sind gewonnene Wahlen die Grundvoraussetzung für politische Gestaltungsmacht.

In diesem Sinne zeigt sich, dass Mitte-links-Akteur*innen trotz affektiver Polarisierung, ökonomischer Unsicherheit und zunehmender Mobilisierung durch autoritäre Kräfte Wahlen gewinnen können. Der Erfolg beruhte jedoch selten auf einer ideologischen Engführung entlang der tradierten Kernthemen. Entscheidend war vielmehr eine Kombination aus personeller Glaubwürdigkeit und Erneuerung, inhaltlicher Abgrenzung zu autoritären und rechts-populistischen Kräften, strategischer und thematischer Disziplin mit dem klaren Fokus auf die materiellen Alltagsprobleme der Wähler*innen sowie oftmals die Fähigkeit zu breiten Bündnissen und Allianzen.

In der Gesamtschau zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Erfolgreiche Mitte-links-Kampagnen inszenierten sich nicht als reine Protestbewegung, verteidigten aber auch nicht einen politisch erschöpften Status quo. Vielmehr verbanden sie zumeist Signale der Erneuerung mit Regierungsfähigkeit und Verlässlichkeit. Gerade darin lag ihre Stärke: Wechselstimmung aufnehmen, ohne selbst als Risiko für weiteren wirtschaftlichen Stillstand oder politische Instabilität wahrgenommen zu werden.

Auf die Kandidat*innen kommt es an: Erneuerung, Kompetenz und Persönlichkeit

Ein erstes Muster betrifft den Ausgangspunkt der Kandidat*innen. Alle der erfolgreichen Akteur*innen waren keine Amtsinhaber*innen oder Repräsentant*in des politischen Establishments im engeren Sinne. So konnten sie sich als glaubwürdige Figuren der Erneuerung präsentieren. Keir Starmer trat zwar als Parteivorsitzender von Labour an, grenzte sich aber deutlich von der Corbyn-Ära ab und präsentierte Labour als professionalisierte, regierungsfähige Kraft der Mitte. Rob Jetten profilierte sich in den Niederlanden als Vertreter einer jüngeren politischen Generation und als personeller und inhaltlicher Gegenentwurf zur gescheiterten rechten Vorgängerregierung. Mark Carney gab sich als pragmatischer, erfahrener Krisenmanager, als er in Kanada

die Führung der amtierenden Liberal Party übernahm. Er konnte sich aber als politischer Quereinsteiger profilieren, der sich stark von der Politik und Person des unpopulären Amtsinhabers Trudeau abgrenzte. Abigail Spanberger trat in Virginia als Herausforderin mit Sicherheitspolitik- und Verwaltungskompetenz auf. Cem Özdemir verband in Baden-Württemberg durch den Wechsel auf die Landesebene überregionale Bekanntheit und Heimatbezug mit politischer Stabilität bei zeitgleicher personeller Erneuerung. Zohran Mamdani wurde in New York City gerade durch seine Rolle als Außenseiter gegenüber dem demokratischen Establishment populär, während Sisse Marie Welling in Kopenhagen eigene Exekutiverfahrung mit dem Versprechen einer politischen Erneuerung verband, das nach Jahrzehnten von sozialdemokratischen Bürgermeister*innen breite Unterstützung erfuhr.

Alle Kandidat*innen haben unterschiedliche politische Profile und biografische Hintergründe, aber sie erfüllten eine ähnliche strategische Funktion: Sie standen glaubwürdig für eine moderate bis klare Erneuerung innerhalb des Mitte-links-Spektrums, ohne unberechenbar oder politisch radikal zu wirken. Starmer stand für staatspolitische Seriosität nach 14 Jahren konservativer Regierung. Carney verkörperte ökonomische Kompetenz in einer Souveränitätskrise gegenüber den USA. Spanberger verband moderate Rhetorik mit einem klaren Fokus auf Lebenshaltungskosten, Özdemir politische Kompetenz und Verlässlichkeit mit einem klaren Erneuerungsversprechen. Jettens D66 stand für einen neuen Weg innerhalb des Mitte-links-Spektrums: als klarer Gegenentwurf zur gescheiterten Rechten, aber auch zur als überholt wahrgenommenen traditionellen linken Sozialdemokratie. Mamdani und Welling standen stärker für innerlinke Erneuerung in stark progressiven urbanen Wahlen und fokussierten sich dennoch auf die Lösung konkreter kommunaler Problemlagen.

Inhalte: Konkrete materielle Angebote und Narrative statt ideologischer Lagermentalität

Es ist auffällig, dass die Wahlen kaum über abstrakte Großnarrative gewonnen wurden. Im Zentrum standen vielmehr Fragen von Bezahlbarkeit, wirtschaftlicher Sicherheit, öffentlicher Infrastruktur und staatlicher Handlungsfähigkeit, die dann in gut verständliche Forderungen und Maßnahmen verdichtet wurden. Labour rahmte die Wahl 2024 als entscheidend für wirtschaftliches Wachstum, die Rettung des überlasteten nationalen Gesundheitsdiensts NHS sowie das Ende steigender Energiepreise und stagnierender öffentlicher Dienstleistungen. Die kanadischen Liberalen unter Carney stellten wirtschaftliche Stabilität, nationale Souveränität gegenüber der Trump-Regierung und Erfahrung gegen politische Experimente des populistischen Gegenkandidaten. D66 fokussierte sich unter Rob Jetten in einer gestaltungsoptimistischen Perspektive auf die Themenbereiche Wohnungsmarkt, wirtschaftliche Stabilität

und pragmatische Regierungsfähigkeit nach der gescheiterten Vorgängerregierung. Spanberger machte in Virginia die Gesundheitskosten, Energiepreise und Jobsicherheit von Bundesbeamten zum Kern ihrer Kampagne. Özdemir setzte auf Wirtschaftstransformation, Unterstützung der (Auto-)Industrie, Klima-schutz und Bildung für ein zukunftsfestes Industrieland. Mamdani setzte auf konkrete Mietpreisbremsen, kostenlose Busse, erweiterte Kinderbetreuung und die Reduktion der Lebensmittelpreise, kommunizierte aber zugleich die damit verbundenen Kosten und Wege der Finanzierung. In Kopenhagen verband die SF unter Welling die Themen Wohnkosten, Kinderbetreuung, kommunale Pflege und sozial-ökologische Stadtentwicklung zu einer urbanen Agenda verbesserter Lebensqualität.

Damit verschiebt sich der strategische Kern erfolgreicher Mitte-links-Politik: Nicht abstrakte Forderungen oder stark moralisierende Signale an die eigene Kernwählerschaft standen im Vordergrund, sondern konkrete, sichtbare Verbesserungen im Alltag für alle Bürger*innen. Im Wahlkampf kommunikativ besonders erfolgreich waren konkrete, verständliche und realisierbare Policy-Vorschläge. Der kostenlose Busverkehr in New York, konkrete Wohnungsbau-projekte in Kopenhagen, die Reduzierung von NHS-Wartezeiten im Vereinigten Königreich oder bezahlbare Energie über „Great British Energy“ sind Beispiele für Maßnahmen, die nicht nur programmatisch für breite Teile der Gesellschaft anschlussfähig waren, sondern auch im Wahlkampf funktionierten. Sie machten Politik sichtbar und ihre Umsetzung konkret überprüfbar.

Gleichzeitig zeigt sich ein zweites inhaltliches Muster: Erfolgreiche Mitte-links-Akteur*innen vermieden es, den Wahlkampf primär über kulturelle Konfliktthemen zu führen. Das bedeutete nicht, dass sie ihre eigenen Werte und Einstellungen aufgaben. Sie setzten aber klare Prioritäten. Starmer vermied das Anheizen einer erneuten Brexit-Debatte, die nicht nur seine eigene Kernwählerschaft, sondern auch die gesamte Bevölkerung gespalten hätte. Auch distanzierte er sich vom deutlich linken Kurs und von den Antisemitismuskontroversen unter seinem Vorgänger Corbyn. In Kanada entschärfte Carney unpopuläre Programmpunkte der Liberalen Partei in Sachen Klima- und Migrationspolitik, indem er eine stärkere Nutzung heimischer Öl- und Gasvorkommen sowie eine restriktivere Einwanderungspolitik befürwortete. Jetten wählte in der Migrationsfrage einen restriktiveren Kurs und forderte auch nationale Lösungen der Niederlande für kontrollierte Zuwanderung. In Virginia ließ Spanberger sich nicht in die Gender- und Bildungskulturkämpfe ihrer republikanischen Gegnerin hineinziehen. Özdemir nutzte geschickt seine eigene Biografie und hat zugleich in der Wirtschafts-, vor allem aber Migrationspolitik, nicht zuletzt durch die Einbindung Boris Palmers und gezielte Interventionen, seine Anschlussfähigkeit an die Mitte verdeutlicht. Auch Mamdani vermied aktivistische Slogans wie „Defund the Police“ und konzentrierte seine Kampagne auf die mangelnde Bezahlbarkeit des Lebens für viele New Yorker*innen.

Das zentrale Muster lautet daher: Erfolgreiche Mitte-links-Kampagnen grenzten sich zwar klar von autoritären und rechtsextremen Positionen ab, machten diese Abgrenzung aber nicht zum alleinigen Inhalt ihrer Kampagne. Sie entwickelten eigene, konkret überprüfbare, auf wirtschaftliche Stabilität und Bezahlbarkeit fokussierte politische Vorschläge, die für eine breite Wählerschaft anschlussfähig waren. Dabei passen sie sich zugleich an die jeweiligen Wettbewerbsstrukturen an, die sich zwischen den Ebenen klar unterscheiden.

Politischer Wettbewerb: Gegen Amtsinhaber*innen, Establishment und autoritäre Rechte

Eine weitere Gemeinsamkeit betrifft die Struktur des politischen Wettbewerbs. Viele der untersuchten erfolgreichen Kampagnen richteten sich gegen erschöpfte Amtsinhaber des diskreditierten politischen Establishments, sowohl aus den eigenen Reihen als auch bei der Konkurrenz. Der klassische Amtsinhaberbonus hat sich in vielen etablierten Demokratien in einen Amtsinhabernachteil verwandelt (Financial Times 2024). In Zeiten von Inflation, stagnierendem Wirtschaftswachstum, Wohnkostenkrise und Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Institutionen werden Regierende zunehmend als Verantwortliche für politische und soziale Blockade wahrgenommen.

Am deutlichsten zeigt sich dieses Muster im Vereinigten Königreich. Nach 14 Jahren konservativer Regierungszeit, mehreren Wechseln der Premierminister*innen und der wirtschaftlichen Erschöpfung nach Brexit, Pandemie und Inflation wurde die Wahl zu einem Referendum über die unbeliebte Konservative Partei. Labour musste nicht in erster Linie Begeisterung erzeugen, sondern brauchte lediglich als verlässliche politische Alternative erscheinen. Ähnlich war es im niederländischen Fall: Die rechtspopulistische PVV war nach dem Scheitern der rechten Schoof-Regierung nicht mehr glaubwürdig als Protestkraft. Ihr Versuch, sich erneut als Gegner des politischen Establishments zu inszenieren, ging nicht auf, weil die Partei selbst Ursache der Instabilität geworden war. In Kanada war die Konstellation komplexer. Die Liberalen waren selbst Amtspartei und litten unter der politischen Ermüdung der Trudeau-Ära. Ihr Erfolg beruhte deshalb gerade darauf, den Amtsinhabernachteil durch einen personellen Neustart wettzumachen. Carneys Profil als Quereinsteiger erlaubte es der Partei, Regierungserfahrung und Erneuerung miteinander zu verbinden. Ähnlich gelagert, wenn auch mit einer höheren Regierungszufriedenheit, war die Lage in Baden-Württemberg. Auch hier war eine Wechselstimmung bezogen auf die regierungsführende Partei zunächst messbar, dem wurde aber durch den starken Kandidaten klar begegnet. Diese beiden Fälle zeigen, dass Mitte-links-Parteien nicht zwingend an Amtsmüdigkeit scheitern müssen, ja dass ihnen sogar ein Amtsinhaberwechsel durchaus gelingen kann, wenn sie rechtzeitig glaubwürdige personelle und inhaltliche Korrekturen vornehmen.

Auf der kommunalen Ebene, in den beiden untersuchten Großstädten, verlief die Establishment-Abgrenzung nicht zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts, sondern innerhalb des Mitte-links-Lagers selbst. Dies liegt an der abweichenden Zusammensetzung in urbanen Elektoraten, mit ihrer Mehrheits-tendenz für Mitte-Links. Mamdani gewann nicht gegen eine dominante rechte Kraft, sondern gegen die Demokraten Andrew Cuomo und Eric Adams als Symbole eines diskreditierten New Yorker Polit-Establishments. Auch in Kopenhagen vollzog sich kein klassischer Lagerwechsel von rechts nach links, sondern eine Machtverschiebung innerhalb des linken Spektrums: Die SF unter Sisse Marie Welling übernahm die Führungsrolle von einer Sozialdemokratie, die in der Hauptstadt als zu erstarrt, zu national geprägt und zu weit nach rechts gewandert wahrgenommen wurde.

Gleichzeitig spielte die Abgrenzung von autoritären und rechtspopulistischen Kräften in mehreren Fällen eine zentrale Rolle. Carney machte die Verteidigung kanadischer Souveränität gegenüber Donald Trump zum Kern seiner Kampagne. Spanberger verband ihre Kritik auf Staatsebene an den Republikanern mit den konkreten Folgen von Trumps Bundespolitik für Virginia. Mamdani trat in New York in einem politischen Klima an, das stark durch Konflikte mit der Trump-Regierung über die Finanzierung der Universitäten, Migration und städtische Autonomie geprägt war. Auch in den europäischen Fällen war die Auseinandersetzung mit der populistischen Rechten präsent: D66 profilierte sich als Alternative zur Instabilität der PVV, Labour profitierte von der Spaltung der Rechten zwischen den traditionellen Konservativen und der deutlich populistischeren Reform UK Partei von Nigel Farage, und in Baden-Württemberg grenzten sich beide potenzielle Ministerpräsidenten klar von der AfD ab, die ihr Wahlergebnis dennoch fast verdoppeln konnte.

Wichtig ist jedoch: Bei den Mitte-links-Wahlsiegen ging diese Abgrenzung nach rechts, sofern sie denn eine Rolle spielte, nicht mit einer pauschalen Verunglimpfung rechter Wähler*innen einher. Erfolgreiche Kandidat*innen unterschieden zwischen autoritären und populistischen Eliten und den materiellen Sorgen vieler Wähler*innen. Jetten erkannte Sorgen über Migration und staatliche Überlastung an, ohne Wilders' rassistische Rhetorik zu übernehmen. Auch Özdemir hatte entsprechende Signale gesendet. Carney griff die Nähe der kanadischen Konservativen zu Trump an, sprach aber zugleich ökonomisch verunsicherte Wechselwähler*innen an, indem er Wirtschaftswachstum stark priorisierte. Spanberger attackierte nicht die kulturelle Identität konservativer Wähler*innen im ländlichen Virginia, sondern die Folgen republikanischer Politik für Jobs, Gesundheitsversorgung und Energiekosten. Dieses Muster ist zentral: Die erfolgreichen Mitte-links-Akteur*innen bekämpften rechte Parteien inhaltlich, ohne deren Wähler*innen auszugrenzen.

Gesellschaftliches Klima und Kontext:

Politische Erschöpfung, wirtschaftliche Stagnation und der Wunsch nach staatlicher Handlungsfähigkeit

Ein drittes Muster betrifft das gesellschaftliche Klima. Alle untersuchten Fälle hatten ein Umfeld, das von ökonomischer Unsicherheit, institutioneller Erschöpfung und Misstrauen gegenüber der Problemlösungsfähigkeit politischer Systeme geprägt war. Die konkrete Ausprägung unterschied sich je nach Land und Stadt, doch die Grundstruktur war ähnlich: Viele Bürger*innen hatten das Gefühl, dass Politik zentrale Alltagsprobleme nicht mehr zuverlässig löst.

Im Vereinigten Königreich standen wirtschaftliche Stagnation, NHS-Krise, Lebenshaltungskosten und die Erschöpfung nach 14 Jahren konservativer Regierung im Vordergrund. In Kanada dominierten zunächst Wohnen, Preise, Immigration und der Vertrauensverlust gegenüber Trudeau; anschließend verschob sich der Kontext durch Trumps Zoll- und Souveränitätsdrohungen hin zu einer Wahl für nationale Stabilität. In den Niederlanden verbanden sich Wohnungsnot, Migration und institutionelle Ermüdung nach dem Scheitern der rechten Schoof-Regierung zu einem Wunsch nach Normalität und funktionierender Verwaltung. In Virginia waren steigende Gesundheits- und Energiekosten sowie die Angst vor Stellenverlusten im öffentlichen Dienst zentral, in Baden-Württemberg prägte in neuer Wucht die Sorge um die Wirtschaft die Wahlentscheidung, aber auch die Fragen nach sozialer und innerer Sicherheit sowie Umwelt. In New York City dominierten Mietpreise, Kinderbetreuung und die Kosten für Lebensmittel und Mobilität. In Kopenhagen standen Wohnkosten, Pflegequalität, Kinder, Stadtentwicklung und öffentliche Dienstleistungen im Zentrum.

Daraus ergibt sich ein klarer Befund: Mitte-links-Akteur*innen gewinnen dort, wo sie das Gefühl wirtschaftlicher Stagnation und gesellschaftlicher Sorgen in eine konkrete Handlungsagenda übersetzen. Es reichte in der Regel nicht, allgemein „mehr soziale Gerechtigkeit“ oder „mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt“ einzufordern. Erfolgreich waren Kampagnen, die zeigen konnten, wie staatliches oder gemeinschaftliches Handeln im liberal-republikanischen Sinne das Leben der Menschen konkret verbessern kann. So verbinden sie vielfach zwei Debatten, die in der aktuellen Mitte-links-Strategie zentral sind: eine Affordability-Agenda mit der zentralen Botschaft abzusenkender Lebenshaltungskosten, und eine Abundance-Agenda – also eine Politik des aktiven staatlichen Aufbaus –, die staatliche Handlungsfähigkeit, insbesondere beim Wohnungsbau, öffentlicher Infrastruktur und Energieversorgung, in den Mittelpunkt rückt (Klein/Thompson 2025; Dunkelmann 2025).

Die untersuchten Fälle zeigen dabei, dass diese Agenda nicht zwingend technokratisch oder defensiv sein muss. Sie kann emotional anschlussfähig sein, wenn sie Probleme konkret benennt und griffige Lösungen anbietet. Mamdanis kostenlose Busse waren kein abstrakter Plan zur Lösung der komplexen New Yorker Verkehrsinfrastruktur, aber eine klar verständliche Maßnahme für eine unmittelbar spürbare Entlastung. Wellings Wohnungs- und Familienagenda in Kopenhagen verband grüne Stadtpolitik mit der sozialen Frage nach Bezahlbarkeit des Lebens in der Großstadt. Starmeres Versprechen zur Reduktion von NHS-Wartezeiten griff eine konkrete Erfahrung staatlichen Versagens auf und gelobte konkrete Besserung.

Gerade in Zeiten zunehmender affektiver Polarisierung gewannen damit nicht die lautesten oder ideologisch schärfsten Kandidat*innen, sondern häufig diejenigen, die sich pragmatisch, kompetent und einigend gaben. Das bedeutet nicht, dass sie alle inhaltlich zentristisch im ideologischen Sinne waren. Wie skizziert, ist gerade in urbanen Räumen nicht die Mitte, sondern quasi die Mitte zwischen Mitte-Links und Links wahlentscheidend: Mamdani und Welling standen deutlich weiter links als Starmer oder Spanberger, traten jedoch in linksdominierten urbanen Kontexten Kopenhagens und New Yorks an und konnten sich vor allem gegen aussichtsreiche Konkurrent*innen von Mitte-links abgrenzen. Aber auch sie strukturierten ihre Kampagnen nicht ausschließlich um abstrakte Systemkritik, sondern um konkrete materielle Verbesserungen. Entscheidend war, Wandel nicht nur zu versprechen, sondern ihn als machbar darzustellen. Gleichwohl ist klar: Es handelt sich hier um Glaubwürdigkeit in der Kampagne. Ob und in welchem Umfang diese Versprechungen dann im Nachgang tatsächlich umsetzbar sind oder aber an operativen, rechtlichen oder finanziellen Hürden scheitern, war nicht Teil dieser Untersuchung und wird sich zeigen müssen. Für den Kampagnenerfolg war einzig entscheidend, dass die Forderungen als umsetzbar vermittelt und zugleich leicht verständlich „übersetzt“ werden konnten.

Diese Logik deckt sich mit aktuellen politikwissenschaftlichen Erkenntnissen zur Bedeutung öffentlicher Güter und Dienstleistungen für demokratische Stabilität. Wenn Bürger*innen den Eindruck gewinnen, dass der Staat zentrale Leistungen nicht mehr liefert, wächst ihre Bereitschaft, demokratiefeindliche oder rechtspopulistische Parteien zu unterstützen (Gold/Lehr 2024; Dickson et al. 2026). Umgekehrt können sichtbare Verbesserungen bei Wohnen, Gesundheit, Verkehr, Energie oder Kinderbetreuung staatliche Handlungsfähigkeit erfahrbar machen. Das in vielen Demokratien spürbare „Lieferdefizit“ im Sinne eines Funktionsversagens der staatlichen Kernbereiche ist damit nicht nur ein Wirtschafts- oder Verwaltungsproblem, sondern ein zentrales politisches Risiko.

Wahlergebnisse und Mobilisierung: Gewinne, Umschichtungen und begrenzte Mandate

Ein viertes Muster betrifft die Wahlergebnisse selbst. Die untersuchten Fälle zeigen, dass Mitte-links-Erfolge je nach institutionellem und gesellschaftlichem Kontext sehr unterschiedliche elektorale Grundlagen haben können. Nicht jeder Sieg beruhte auf derselben Mobilisierungslogik. Teilweise kam es zu breiter zusätzlicher Mobilisierung, teilweise zu Umschichtungen innerhalb bestehender Lager, teilweise zu Erfolgen durch die Schwäche und Fragmentierung des Gegners.

Der britische Fall zeigt, dass Wahlerfolge nicht zwingend darauf beruhen müssen, dass Mitte-Links neue, allgemeine Begeisterung auslöst. Labour gewann 2024 eine enorme parlamentarische Mehrheit, obwohl die Partei in absoluten Zahlen weniger Stimmen erhielt als bei früheren Wahlen und ihr Stimmenanteil nur moderat stieg. Entscheidend waren vor allem die Schwäche der Conservatives, die Fragmentierung rechts der Mitte durch die populistische Reform UK Partei und die Logik des Mehrheitswahlsystems. In Kanada beruhte der Erfolg dagegen stärker auf tatsächlicher Mobilisierung: Wahlbeteiligung, Stimmenanteil und Sitzzahl der Liberalen stiegen deutlich. Carney profitierte zwar ebenfalls von der Schwäche seines Gegners, konnte aber zugleich breite Wählergruppen der politischen Mitte zurückgewinnen. Institutionell blieb der Erfolg dennoch begrenzt: Die Liberalen wurden stärkste Kraft, verfehlten aber die absolute Parlamentsmehrheit. In den Niederlanden verband D66 Zugewinne im Mitte-links-Lager mit einer Öffnung zur politischen Mitte und zu enttäuschten Wähler*innen der gescheiterten Rechtsregierung.

Auf föderaler und kommunaler Ebene zeigen sich weitere Varianten. Spanberger gewann in Virginia klar und mit großem Vorsprung, obwohl die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2021 leicht zurückging. Ihr Erfolg beruhte also eher auf Zuspruch durch Wechselwähler*innen zusammen mit effektiver demokratischer Basismobilisierung. Ganz anders die Lage in Baden-Württemberg: Bei einer deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung gelang es Özdemir und den Grünen zwar, Stimmen absolut dazuzugewinnen (bei einem veränderten Wahlsystem). Zugleich wurde aber der Vorsprung zur CDU als Hauptkonkurrent verloren, sodass beide Parteien nun mandatsgleich im Parlament vertreten sind. New York City dagegen ist der klare Mobilisierungsfall: Mamdani profitierte von einer außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung, insbesondere unter jüngeren Wähler*innen, und konnte so ein innerparteiliches Anti-Establishment-Angebot in einen stadtweiten Sieg übersetzen. Kopenhagen schließlich zeigt vor allem eine Umschichtung innerhalb des linken Lagers: Die SF gewann Stimmen, Sitze und das Oberbürgermeisteramt, während die Sozialdemokraten ihre historische Führungsrolle verloren.

Insgesamt lassen sich vier Mobilisierungstypen unterscheiden. Erstens Siege durch eine gesellschaftliche Wechselstimmung und die Unpopularität des Hauptrivalen, wie im Vereinigten Königreich. Zweitens Siege durch zusätzliche Mobilisierung, wie in Kanada und New York City. Drittens Siege durch Umschichtung innerhalb des Mitte-links- oder linken Lagers, wie in Kopenhagen und teilweise auch in den Niederlanden. Und viertens durch eine personalisierte Aufholjagd, mit der eine schwächere Mitte-links-Partei gegenüber ihrem Mitte-Hauptkonkurrenten deutlich aufholen konnte, wie in Baden-Württemberg.

Diese Unterschiede sind wichtig, weil sie vor überzogenen Schlussfolgerungen schützen. Mitte-links-Akteur*innen haben nicht überall deshalb gewonnen, weil es eine neue einheitliche elektorale Formel gäbe. In manchen Fällen gewann Mitte-Links mit einer starken Mitte-Betonung, in anderen ein linker Außenseiter, in wieder anderen eine sozialliberale oder grün-linke Kraft. Gemeinsam war diesen Erfolgen nicht eine identische Ideologie, sondern ein ähnliches strategisches Fundament und in vielen Fällen eine dazu passende Kandidat*in. Dieses Fundament bestand primär aus glaubwürdiger Erneuerung, konkreten materiellen Lösungsangeboten, Zurückhaltung bei polarisierten Kulturkämpfen, klarer Abgrenzung von autoritären Akteur*innen und der Fähigkeit, eine allgemeine politische Wechselstimmung für sich zu nutzen, verbunden mit einer Person, die dieses Angebot glaubwürdig bündeln und vertreten kann.

Die wichtigste Lehre der Fallbeispiele lautet daher: Erfolgreiche Mitte-links-Wahlkämpfe in polarisierten Demokratien müssen vor allem lösungsorientiert sein. Autoritäre Normenverletzungen, rechte Radikalisierung und Angriffe auf demokratische Institutionen dürfen nicht relativiert werden. Mitte-Links darf sich aber auch nicht über moralische Abgrenzung oder Lagerdenken definieren. Wahlen wurden von Mitte-links-Akteur*innen dort gewonnen, wo die Kandidat*innen pragmatische Politik, Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Erneuerung mit einem Bezug zu Alltagssicherheit, Bezahlbarkeit und staatlicher Handlungsfähigkeit verbanden. Denkwürdig ist dabei allerdings, dass es sich in vielen Fällen um Kandidat*innen handelte, die zumindest im Wahlkontext selbst nicht als Teil des etablierten politischen System verstanden werden können – was durchaus aus Warnsignal gelesen werden kann. So ist keineswegs sicher, dass erfolgreiche Wahlen zu einer erfolgreichen Regierung führen, gerade wenn Kandidat*innen „von außen“ gewinnen. Dazu kommt, dass der hier anklingende, wenngleich nicht abschließend empirisch validierte Trend zum Wahlerfolg von Nichtamtsinhaber*innen auch künftige Wahlen prägen könnte, vor allem wenn es dann um die Wiederwahl von nun gewählten, künftigen Amtsinhaber*innen Mitte-Links geht.

Quellen für Grafiken

UK 2024

Wahlbeteiligung: UK Parliament – General Election 2024 turnout, <https://electionresults.parliament.uk/general-elections/6/turnout>

Sitze und Stimmen: House of Commons Library – General election 2024 results, <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-10009>

Kanada 2025

Wahlbeteiligung: Elections Canada – Official Voting Results, 45th General Election, Table 4: Voter turnout by general election, www.elections.ca/res/rep/off/ovrGE45/62/table4E.html

Sitze und Stimmen: Elections Canada – Official Voting Results, 45th General Election, www.elections.ca/res/rep/off/ovrGE45/home.html

Niederlande 2025

Wahlbeteiligung: Kiesraad/Verkiezingsuitslagen – Tweede Kamerverkiezing 2025, www.verkiezingsuitslagen.nl/verkiezingen/detail/TK20251029

Sitze und Stimmen: Kiesraad/Verkiezingsuitslagen – Tweede Kamerverkiezing 2025, www.verkiezingsuitslagen.nl/verkiezingen/detail/TK20251029

Virginia 2025

Wahlbeteiligung: Virginia Department of Elections – Election Results, www.elections.virginia.gov/resultsreports/election-results

Stimmen: Virginia Department of Elections – Historical Election Results, Governor 2025, <https://historical.elections.virginia.gov/contest/164996>

Baden-Württemberg 2026

Wahlbeteiligung: Landeswahlleiterin/Innenministerium Baden-Württemberg – Endgültiges Landesergebnis der Landtagswahl 2026, <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/endgueltiges-landesergebnis-der-landtagswahl-2026-festgestellt>

Sitze und Stimmen: Baden-Württemberg – Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2026, www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-2026

New York City 2025

Wahlbeteiligung: NYC Board of Elections – Election Results Summary 2025, www.vote.nyc/page/election-results-summary-2025

Stimmen: NYC Board of Elections – 2025 General Election, Citywide Mayor Citywide Recap, www.vote.nyc/page/election-results-summary-2025

Kopenhagen 2025

Wahlbeteiligung: Valg.dk – Kommunalvalg 2025, Københavns Kommune, <https://valg.dk>

Sitze und Stimmen: Københavns Kommune – Kommunal- og Regionsrådsvalg 2025, www.kk.dk/politik/valg/kommunal-og-regionsraadsvalg-2025/kandidatlister

Literatur

BBC (2025): „A stunning reversal of fortunes in Canada's historic election“, April 27; www.bbc.com/news/articles/c78jv246n91o, abgerufen am 22.6.2026

Bermeo, Nancy (2016): „On Democratic Backsliding“, *Journal of Democracy* 27 (1): 5–19

Bloomberg (2025): „Danish Premier's Party Loses Century-Long Hold on Copenhagen“, November 19, www.bloomberg.com/news/articles/2025-11-19/danish-premier-s-party-loses-century-long-hold-on-copenhagen, abgerufen am 22.6.2026

Boese, Vanessa A./Lindberg, Staffan I./Lührmann, Anna (2021): „Waves of Autocratization and Democratization: A Rejoinder“, *Democratization* 28 (6): 1202–10, <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1923006>

Bukow, Sebastian (2026): „Landtagwahl Baden-Württemberg“, www.boell.de/de/2026/03/09/landtagwahl-baden-wuerttemberg-2026, abgerufen am 19.6.2026

Bundesamt für Verfassungsschutz (2025): „Gefährdungen durch Russische Spionage, Sabotage und Desinformation: Momentaufnahme und Einordnung, Bericht B-0044“, www.verfassungsschutz.de, abgerufen am 22.6.2026

CNN (2025a): „A Look at Zohran Mamdani's Policy Ideas as He Becomes New York City's Mayor“, December 30, www.cnn.com/2025/12/30/politics/zohran-mamdani-nyc-mayor-policy-proposals, abgerufen am 22.6.2026

CNN (2025b): „Exit Polls: Election 2025“, December 2, www.cnn.com/election/2025/exit-polls, abgerufen am 22.6.2026

Dickson, Zachary P./Hobolt, Sara B./De Vries, Catherine E./Cremaschi, Simone (2026): „Public Service Decline and Support for the Populist Right: Evidence from England's National Health Service“, S4mrn_v1. Preprint, SocArXiv, March 31, https://osf.io/preprints/socarxiv/s4mrn_v1, abgerufen am 22.6.2026

die tageszeitung (2026a): „Für das Parteilogo braucht man eine Lupe“, 12. Januar, <https://taz.de/Oezdemirs-Wahlkampagne/!6144941>, abgerufen am 19.6.2026

die tageszeitung (2026b): „Die neuen Konservativen“, 3. März, <https://taz.de/Sind-Kretschmann-und-Oezdemir-gar-keine-richtigen-Gruenen-Eine-Bestandsaufnahme/!6154518>, abgerufen am 19.6.2026

Dunkelmann, Marc J. (2025): *Why Nothing Works: Who Killed Progress—and How to Bring It Back*, PublicAffairs

Financial Times (2024): „Year in a Word: Incumbent“, December 22, www.ft.com/content/c1dae441-db8f-42de-b2ad-7b9550ff5664?syn-25a6b1a6=1, abgerufen am 22.6.2026

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2026): „Wie Cem Özdemir das grüne Erbe bewahren will“, 4. März, www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/landtagwahl-bw-2026-wie-cem-oezdemir-das-gruene-erbe-bewahren-will-110846601.html, abgerufen am 23.6.2026

Fukuyama, Francis (1989): „The End of History?“, *The National Interest* 16: 3–18

Gold, Robert/Lehr, Jakob (2024): Paying off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior, www.wiwi.uni-bonn.de/bgsepapers/boncrc/CRCTR224_2025_638.pdf, abgerufen am 22.6.2026

Infratest dimap (2026): „Baden-WürttembergTREND Februar 2026“, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2026/februar, abgerufen am 19.6.2026

Klein, Ezra/Thompson, Derek (2025): Abundance. How we build a better future, Simon and Schuster

Lipset, Seymour Martin (1959): „Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy“, American Political Science Review 53(1): 69–105, <https://doi.org/10.2307/1951731>

Lührmann, Anna/Lindberg, Staffan I. (2019): „A Third Wave of Autocratization Is Here: What Is New about It?“, Democratization 26 (7): 1095–113, <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1582029>

Nord, Marina/Altman, David/Fernandes, Tiago/Good God, Ana/Lindberg, Staffan I. (2026): Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era? V-Dem Institute, www.v-dem.net/publications/democracy-reports, abgerufen am 22.6.2026

NPR (2025): „Democrat Spanberger Wins Virginia Governor Race with Message on DOGE, Cost of Living“, November 4, www.npr.org/2025/11/04/nx-s1-5589144/election-results-virginia-governor-spanberger, abgerufen am 22.6.2026

PBS News (2025): „Less Talk of Trump, More Focus on Economy Is Part of the Democrats' Playbook for Tuesday's Election“, www.pbs.org/newshour/politics/less-talk-of-trump-more-focus-on-economy-is-part-of-the-democrats-playbook-for-tuesdays-election, abgerufen am 22.6.2026

POLITICO (2022): „No Drama Starmer: Is the UK Labour Party quietly marching back to power?“, September 27, www.politico.eu/article/keir-starmer-uk-labour-party-conference-election, abgerufen am 22.6.2026

POLITICO (2025a): „Dutch Election 2025: The Winners and Losers“, October 30, www.politico.eu/article/dutch-election-2025-winners-losers-rob-jetten-geert-wilders-frans-timmermans, abgerufen am 22.6.2026

POLITICO (2025b): „How Trump's Assault on Bureaucracy Could Rock Virginia Elections“, February 12, www.politico.com/news/2025/02/12/trump-democrats-virginia-bureacracy-00203845, abgerufen am 22.6.2026

POLITICO (2025c): „Mark Carney Elected Canada's Prime Minister“, April 28, www.politico.com/news/2025/04/28/mark-carney-wins-canada-prime-minister-election-00314480, abgerufen am 22.6.2026

Reuters (2025a): „China Expands Rare Earths Restrictions, Targets Defense and Chips Users“, October 10, www.reuters.com/world/china/china-tightens-rare-earth-export-controls-2025-10-09, abgerufen am 23.6.2026

Reuters (2025b): „Danish Social Democrats Lose Ground in Local Polls on Cost-of-Living, Welfare Concerns“, November 19, www.reuters.com/world/danish-social-democrats-lose-ground-local-polls-cost-of-living-welfare-concerns-2025-11-19, abgerufen am 23.6.2026

Reuters (2025c): „Dutch Centrist D66 Party Wins Big in Election as Wilders Loses Support“, October 29, www.reuters.com/world/dutch-vote-elections-test-european-populisms-reach-2025-10-29, abgerufen am 23.6.2026

Reuters (2025d) „Dutch Centrist Jetten Confident of Forming Government after Far-Right's Election Setback“, October 30, www.reuters.com/world/dutch-far-right-loses-ground-opening-door-centrist-coalition-talks-2025-10-30, abgerufen am 23.6.2026

Staatsanzeiger (2025): „Umfrage: Nur wenige halten CDU-Kandidaten Hagel für zu jung“, 23. Juli, www.staatsanzeiger.de/nachrichten/politik-und-verwaltung/umfrage-nur-wenige-halten-cdu-kandidaten-hagel-fuer-zu-jung, abgerufen am 19.6.2026

Staatsanzeiger (2026): „Grüne setzen in Wahlkampagne voll auf Kandidaten Özdemir“, 12. Januar, www.staatsanzeiger.de/nachrichten/politik-und-verwaltung/gruene-setzen-in-wahlkampagne-voll-auf-kandidaten-oezdemir, abgerufen am 19.6.2026

SWR (2026): „Nach Mercosur-Abstimmung: Özdemir kritisiert Grüne im EU-Parlament“, www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mercotur-abstimmung-eu-streit-gruene-100.html, abgerufen am 19.6.2026

Tagesschau/SWR (2026a): „Buhlen um das Kretschmann-Erbe“, 16. Februar, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/baden-wuerttemberg-oezdemir-hagel-100.html, abgerufen am 19.6.2026

Tagesschau/SWR (2026b): „Es isch die Wirtschaft, du Seckel“, 22. Januar, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/baden-wuerttemberg-landtagswahl-wirtschaft-100.html, abgerufen am 19.6.2026

The Atlantic (2025): „The Project 2025 Presidency“, Newsletters The Atlantic, April 24, www.theatlantic.com/newsletters/archive/2025/04/project-2025-goals-trump-presidency/682597, abgerufen am 22.6.2026

The Economist (2024a): „Britain's General Election Was Its Least Representative Ever“, July 11, www.economist.com/britain/2024/07/11/britains-general-election-was-its-least-representative-ever, abgerufen am 22.6.2026

The Economist (2024b): „Rishi Sunak and Sir Keir Starmer Fight for a Poundshop Presidency“, June 5, www.economist.com/britain/2024/06/05/rishi-sunak-and-sir-keir-starmer-fight-for-a-poundshop-presidency?com, abgerufen am 22.6.2026

The Economist (2025a): „Canada's New Conservative Movement Resembles Donald Trump's“, April 30, www.economist.com/the-americas/2025/04/30/canadas-new-conservative-movement-resembles-donald-trumps, abgerufen am 22.6.2026

The Economist (2025b): „How a Tetchy Central Banker Became ‚Captain Canada‘“, April 24, www.economist.com/the-americas/2025/04/24/how-a-tetchy-central-banker-became-captain-canada, abgerufen am 22.6.2026

The Guardian (2025a): „JD Vance Stuns Munich Conference with Blistering Attack on Europe's Leaders“, February 14, www.theguardian.com/us-news/2025/feb/14/jd-vance-stuns-munich-conference-with-blistering-attack-on-europes-leaders, abgerufen am 22.6.2026

The Guardian (2025b): „Liberal-Progressive Party D66 Wins Election, Dutch Media Report“, October 31, www.theguardian.com/world/2025/oct/31/netherlands-election-d66-rob-jetten-politics, abgerufen am 22.6.2026

The Guardian (2025c): „On the street and in your feed: the joyful genius of Zohran Mamdani's viral videos“, September 20, www.theguardian.com/us-news/2025/sep/20/zohran-mamdani-social-media-viral-videos, abgerufen am 22.6.2026

The Guardian (2025d): „Social Democrats in Denmark suffer sweeping election losses“, November 19, www.theguardian.com/world/2025/nov/19/denmark-social-democrats-suffer-election-losses-mette-frederiksen, abgerufen am 22.6.2026

The Guardian (2025e): „The Dutch Election: Key Players and Main Issues in the Snap Poll“, October 26, www.theguardian.com/world/2025/oct/21/dutch-election-key-players-and-main-issues-snap-poll, abgerufen am 22.6.2026

The Guardian (2025f): „Zohran Mamdani faces a daunting task: making New York affordable“, November 5, www.theguardian.com/us-news/2025/nov/04/zohran-mamdani-campaign-promises-analysis, abgerufen am 22.6.2026

The New York Times (2025a): „Canada votes: What's at stake?“, April 28, www.nytimes.com/2025/04/28/world/canada/canada-election-issues-voters.html, abgerufen am 22.6.2026

The New York Times (2025b): „In the Virginia Governor's Race, it's Abigail Spanberger vs. Winsome Earle-Sears“, November 4, www.nytimes.com/2025/11/04/us/politics/virginia-governor-abigail-spanberger-winsome-earle-sears.html, abgerufen am 22.6.2026

The New York Times (2025c): „The Demographic Trends that Shaped Mamdani's Win“, November 11, www.nytimes.com/2025/11/11/us/mamdani-nyc-voters-election-demographics.html, abgerufen am 22.6.2026

The Washington Post (2022): „Russia Spent Millions on Secret Global Political Campaign, U.S. Intelligence Finds“, September 13, www.washingtonpost.com/national-security/2022/09/13/united-states-russia-political-campaign, abgerufen am 22.6.2026

Waldner, David/Lust, Ellen (2018): „Unwelcome Change: Coming to Terms with Democratic Backsliding“, Annual Review of Political Science 21 (1): 93–113, <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050517-114628>.

YouGov (2024a): „General Election 2024: What Are the Most Important Issues for Voters?“, June 1, <https://yougov.co.uk/politics/articles/49594-general-election-2024-what-are-the-most-important-issues-for-voters>, abgerufen am 22.6.2026

YouGov (2024b): „How Britain Voted in the 2024 General Election“, July 8, <https://yougov.co.uk/politics/articles/49978-how-britain-voted-in-the-2024-general-election>, abgerufen am 22.6.2026

Kann Mitte-Links in Zeiten von Populismus, affektiver Polarisierung und autoritären Tendenzen noch Wahlen gewinnen? Diese Studie untersucht sieben jüngere Wahlerfolge aus Europa und Nordamerika und fragt: Was haben Cem Özdemir in Baden-Württemberg, Mark Carney in Kanada und Abigail Spanberger in Virginia gemeinsam? Wie konnten Zohran Mamdani in New York City und Sisse Marie Welling in Kopenhagen, Rob Jetten in den Niederlanden und Keir Starmer in Großbritannien Mehrheiten gewinnen?

Jede Wahl ist anders, jeder Kontext hat seine eigene Logik. Aber Muster sind erkennbar und bieten Erklärungen, wie diese Wahlen gewonnen wurden.